



EINWANDERUNG UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION

Dokumentation der
WERKSTATTGESPRÄCHE MIGRATION / INTEGRATION
des Landesbüros Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung
zwischen November 2013 und Dezember 2014



MEHR VIELFALT WAGEN! ANDERS IST NORMAL

019 MACHT DER WORTER BEGRIFFE NACH INHALT BESTIMMEN



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover

E-Mail: niedersachsen@fes.de

Telefon: 0511 357708-30

Internet: www.fes.de/niedersachsen

VERANTWORTLICH

Franziska Schröter, FES Niedersachsen

TEXT

Nilüfer Sahin, Neue Deutsche Medienmacher

LEKTORAT

Franziska Schröter, FES Niedersachsen

LAYOUT

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

ILLUSTRATIONEN

Gabriele Schlipf

DRUCK

bub Bonner-Universitätsbuchdruckerei

Friedrich-Ebert-Stiftung

Printed in Germany 2015

ISBN: 978-3-95861-277-8

INHALT

| | |
|--|----|
| VORBEMERKUNG | 4 |
| 1. EINFÜHRUNG | 7 |
| 2. WILLKOMMENSKULTUR | 9 |
| 2.1 Willkommenskultur aktiv leben ... in der Gesellschaft | 10 |
| 2.1.1 Deutschland als Einwanderungsland anerkennen | 10 |
| 2.1.2 Zwischen „Deutscher Leitkultur“ und multikultureller Wirklichkeit | 10 |
| 2.1.3 Klassische Diskriminierung bekämpfen und positive Diskriminierung bewusst machen | 12 |
| 2.1.4 Die Rhetorik und Grammatik sprachlicher Verletzungen | 13 |
| 2.2 Willkommenskultur aktiv leben ... in der Verwaltung | 15 |
| 2.2.1 Zugangshürden senken | 15 |
| 2.2.2 Interkultur als Programm | 15 |
| 2.2.3 Anonymisierte Bewerbungsverfahren | 16 |
| 2.3 Willkommenskultur aktiv leben ... in Parteien, Vereinen und Verbänden | 17 |
| 2.3.1 Sprache | 17 |
| 2.3.2 Personelle Präsenz von Vielfalt | 18 |
| 2.3.3 Generell: Politikstil hinterfragen | 19 |
| 3. RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN | 22 |
| 3.1 Doppelte Staatsbürgerschaft / Doppelpass | 22 |
| 3.1.1 Einbürgerung erleichtern und fördern | 22 |
| 3.2 Integration und Migration als Querschnittsaufgabe? | 24 |
| 3.3 Staatsvertrag | 25 |
| 4. DEMOKRATIESTÄRKUNG: POLITISCHE TEILHABE | 27 |
| 4.1 Wahlrecht auf kommunaler Ebene | 27 |
| 4.2 Demokratiedefizite abbauen | 28 |
| 4.3 Teilhabe durch Teilhaben | 29 |
| 5. STÄRKUNG DER MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN | 32 |
| 5.1 Selbstdefinition: Migrantenselbstorganisationen im Wandel der Zeit | 32 |
| 5.2 Verlässliche und auskömmliche Finanzierung | 33 |
| 5.3 Stärkere Rechte bei der Teilhabe | 34 |
| 5.4 Qualifizierung von Migrantenselbstorganisationen | 34 |
| 6. AUSBLICK | 35 |
| 7. ZUM WEITERLESEN | 36 |



VORBEMERKUNG

Fast 17 Millionen Menschen in Deutschland – also beinahe jede_r Fünfte – haben laut Statistischem Bundesamt einen wie auch immer gearteten sogenannten Migrationshintergrund. Jenseits aller Debatten über Formulierungen oder Definitionen bleibt also festzuhalten, dass Deutschland ohne Zweifel ein Einwanderungsland ist und dass wir insgesamt immer bunter und vielfältiger werden, nicht erst seit der aktuellen Flüchtlingswelle.

Schlagworte wie „Willkommenskultur“, „Integration“ und „Fachkräftezuwanderung“ sind in aller Munde. Aber auch angstbesetzte Diskussionen prägen die öffentliche Debatte (und finden ihren Ausdruck z. B. in AfD oder Pegida), sei es die Sorge vor „Überfremdung“, die rhetorische Gegenüberstellung von „nützlichen“ Fachkräften aus dem Ausland und den steigenden Zahlen von „Armutsmigrant_innen“ oder auch die Frage, wieviel „Assimilation“ nach Ansicht mancher für eine gelungene Integration von Nöten sei.

Etwa 1,3 Millionen Menschen in Niedersachsen weisen einen Migrationshintergrund auf, hat das Niedersächsische Landesamt für Statistik herausgefunden. Man braucht aber nicht unbedingt in Tabellen und Grafiken zu schauen, um tagtäglich festzustellen, wie bunt Niedersachsen ist. Die neue Landesregierung trat 2013 mit dem Ziel an, diesem Fakt auch politisch Rechnung zu tragen, denn nicht an allen Stellen im gesellschaftlichen und politischen Leben schlägt sich diese Vielfalt unbedingt nieder. Mit der Benennung einer bei der Staatskanzlei angedockten Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe hat die rot-grüne Koalition einen Paradigmenwechsel eingeläutet, der u. a. beim Thema Flüchtlingspolitik oder im Bereich der Sozialpolitik bereits zu Veränderungen geführt hat. Dies scheint auch bitter nötig, denn wenn man sich die Repräsentation von Migrantinnen und Migranten anschaut, zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und Parteien, an wichtigen Entscheidungsstellen oder auch in der öffentlichen Wahrnehmung, ist durchaus Nachholbedarf zu erkennen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich weltweit – u. a. mittels politischer Bildung, Stipendienprogrammen oder internationaler Entwicklungszusammenarbeit – dafür ein, dass Menschen in die Lage versetzt werden, an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Dies betrifft rechtliche Rahmenbedingungen und gesellschaftspolitische Meinungsbildungsprozesse genauso, wie die Vermittlung persönlicher und fachlicher Kompetenzen. Nur in einer offenen Gesellschaft, die durch ein solidarisches und aktives Miteinander und eine lebhaftes Diskussions- und Mitmachkultur geprägt ist, kann Demokratie bewusst gelebt und Teilhabe gefördert werden.

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung hat im November 2013 in einem Auftakt-Workshop einen Prozess angestoßen, der in vier thematischen Werkstattgesprächen herausfinden sollte, wie Willkommenskultur in Niedersachsen gelebt und gestärkt werden kann. Dieser Prozess mündet nun in der vorliegenden Dokumentation.

Was hat uns zu diesen Werkstätten bewogen? Trotz starker Anstrengungen von politischer und zivilgesellschaftlicher Seite zeigt die Realität, dass Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen des Alltags immer noch stark unterrepräsentiert sind – sei es bei politischen Mandaten,

im Bezug auf Spitzenpositionen in Wirtschaft oder Politik, als Teilnehmende an Bildungsveranstaltungen, in der Berichterstattung der Medien oder auch als Mitglieder in Vereinen, Verbänden und Parteien. Es ist uns ein Anliegen, mit den betreffenden Menschen zu sprechen und nicht nur über sie und so haben wir Vertreter_innen aus Politik, Vereinen und Migrantenselbstorganisationen eingeladen, gemeinsam darüber zu diskutieren, wie man die Teilhabe solcher Gruppen stärken kann.

Dabei und auch in dieser Dokumentation stehen wir vor einer zusätzlichen Herausforderung: Wie spricht man über Menschen mit Migrationshintergrund, wenn man doch zum einen nicht ständig genau dieses Merkmal hervorheben möchte, jedoch thematisch eben genau diese Menschen meint bzw. diese Gruppen erreichen möchte? Wir konnten in unseren Diskussionen auch nicht abschließend zu einer befriedigenden Sprachlösung für alle Gelegenheiten kommen, haben im Laufe der Werkstattgespräche jedoch der Einfachheit halber die Begriffe *MIMs* (Menschen *MIT* Migrationshintergrund) und *MOMs* (Menschen *OHNE* Migrationshintergrund) genutzt und festgestellt, dass es vielleicht auch nicht ganz so wichtig ist, wie man *MIMs* nennt, solange man sicher stellt, dass man nicht *ÜBER SIE* sondern *MIT IHNEN* redet.

Während des Auftakt-Workshops in Celle im November 2013 haben die teilnehmenden „Expertinnen und Experten in eigener Sache“ mit dem Ministerpräsidenten Stephan Weil MdL diskutiert und im Laufe des Wochenendes thematische Schwerpunkte herausgearbeitet. Daraus leiteten wir dann vier Werkstattgespräche ab zu den Themen:

- 1) Politik und Sprache**
- 2) Integration als Aufgabe der Bundesländer**
- 3) Stärkung von Migrantenselbstorganisationen und**
- 4) Rechtliche Rahmenbedingungen von Teilhabe**

Diese Werkstattgespräche fanden zwischen März und November 2014 statt.

Die spannenden und durchaus kontroversen Diskussionen haben uns in unserer Anfangsannahme bestärkt: Migrant_innen möchten die demokratischen Prozesse in unserem Land mitgestalten und wir müssen als Gesellschaft alles daran setzen, diese Menschen (genauso wie andere Teile der Bevölkerung, die sich möglicherweise im Moment nicht so angesprochen fühlen) einzubinden, anzuhören und zur Teilhabe zu befähigen.

Wir möchten mit der vorliegenden Dokumentation die Ergebnisse des Diskussionsprozesses festhalten und so unseren Anteil dazu leisten, dass wir mehr Teilhabe von Migrant_innen, generell mehr Vertrauen in die Demokratie und auch mehr Sichtbarkeit und Einfluss für Menschen mit Migrationshintergrund in Politik und Gesellschaft schaffen. Nur mit allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam können wir an einer sozialen, gerechten, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft arbeiten.

Ein großer Dank geht an dieser Stelle an alle Teilnehmenden der fünf Veranstaltungen, die Impulsgebenden und an die Autorin der Dokumentation, Frau Nilüfer Sahin!

Franziska Schröter
Referentin im Landesbüro Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

IDEEN



1. EINFÜHRUNG

Über kaum ein anderes Thema wird in Deutschland so aufgeregt debattiert wie über Einwanderung. Es ist bezeichnend für diese Debatte, dass die Auseinandersetzung mit ihr immer sehr polarisierend geführt und eng mit einer nach Bejahung oder Verneinung verlangenden „ob“-Frage verknüpft ist. Nach der langjährigen kontrovers diskutierten Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht, öffnet sich eine neue Klammer der Einwanderungsdebatte, nämlich ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Eine Frage, die banal klingt, da sie bereits von Fakten beantwortet wird. Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland etwa 10,5 Millionen Menschen „mit eigener Migrationserfahrung“. Außerdem zählt die Statistik vier Millionen in Deutschland lebende Muslime, etwa die Hälfte von ihnen sind deutsche Staatsbürger_innen. Ein beherztes „Ja“ der Politik und das Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und der Islam zu dieser Gesellschaft gehört, könnte einen politischen Impuls schaffen und präventiv gegen verschiedene Formen des Extremismus wirken. Wichtig bei der Einwanderungsdebatte (die derzeit stark mit der Islamdebatte verzahnt ist) ist es, diese nicht den Extremist_innen zu überlassen. Dabei ist die Rolle der Symbolpolitik nicht zu unterschätzen. Dass führende Bundespolitiker_innen in den vergangenen Jahren öffentlich den Islam als Teil der deutschen Gesellschaft bezeichneten, ist ein wichtiges, längst überfälliges Zeichen der Anerkennung der Fakten.

„GELINGENDE INTEGRATION
SETZT INTEGRATIONS-
BEREITSCHAFT NICHT NUR
BEI DER ZUWANDERERBE-
VÖLKERUNG, SONDERN AUCH
BEI DER MEHRHEITSGESELL-
SCHAFT VORAUS.“

Dr. Klaus J. Bade, Historiker und
Migrationsforscher

Während man in Deutschland noch über die „ob“-Fragen diskutiert, zeigt ein Blick über den Tellerrand, dass im Ausland die plurale deutsche Identität schon viel länger als eine solche wahrgenommen wird. Beispielsweise gibt der britische *Times Atlas of the World* Türkisch als zweitwichtigste Verkehrssprache in Deutschland an. Unter einer Reihe von Nationalklischees, wie Brit_innen Deutsche sehen, führt *The Guardian* den „Hyphenated German“ an, den sogenannten „Bindestrich-Deutschen“. Die Zeitung wies auch auf den kuriosen Umstand hin, dass – anders als in Großbritannien – „Menschen mit Migrationshintergrund“ weitestgehend als homogene Gruppe behandelt werden.

Der Migrationsforscher Klaus Bade¹ hat den Begriff der „nachholenden Integrationspolitik“ geprägt. Er hatte dafür ein Jahrzehnt angesetzt, das jetzt so langsam zu Ende geht. Es wurde viel versäumt und zu spät mit der Integrationspolitik begonnen, bemerken Kritiker_innen. Umso bemerkenswerter ist, was in so kurzer Zeit von acht bis neun Jahren konzeptionell erarbeitet und umgesetzt wurde. So tagen seit 2006 die Integrationsgipfel und die Deutsche Islam Konferenz (DIK). Positiv ist in dem Zusammenhang auch die wachsende Anzahl von Menschen mit Migrationsgeschichte, die einen Deutschkurs belegen.² Hier wird auch nachgeholt, was bisher durch die Integrationspolitik versäumt wurde.

1 Bade betont, dass neben der präventiven und der begleitenden Integrationspolitik die „Nachholende Integrationspolitik“ keinesfalls vernachlässigt werden dürfe. Den Zugewanderten der 50er bis 90er Jahre und ihren Familien wurden viele Integrationsmaßnahmen nicht zu Teil, die heute selbstverständlich seien. Dies nachzuholen sei essenziell, so Bade (APuZ Nr. 22-23/2007, S. 32-38).

2 Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung fasst in seinem Bericht 2014 zusammen, dass 21 Prozent der Teilnehmenden zum Zeitpunkt der Umfrage (2013) bereits gut oder sehr gut Deutsch konnten, als sie nach Deutschland gezogen sind. 61 Prozent der Einwanderer_innen gaben an, aktiv Deutsch gelernt zu haben: rund 11 Prozent haben Deutschkurse in ihren Heimatländern besucht und 44 Prozent haben Kurse in Deutschland belegt.



Deutschland ist demografisch bunter geworden und steckt seine kollektive Identität als postmigrantische³ Gesellschaft neu ab. Was ist Deutsch? Wer wird als Deutsch wahrgenommen? Wie kann es uns gelingen, dass politische Teilhabe von Neuzuwanderer_innen, aber auch von Menschen aus Einwandererfamilien verbessert werden kann?

Verschiedene Gutachten stellen immer wieder fest, dass Menschen aus Einwandererfamilien sich selbst oft nicht als gleichwertige Bürger_innen empfinden, sondern sich als eine zu integrierende Gruppe und als zweitklassiges Mitglied dieser Gesellschaft fühlen. Der Begriff „Migrationshintergrund“ ist in diesem Zusammenhang nicht unproblematisch, da der Begriff nicht nur die Einwanderer_innen markiert, sondern auch die folgenden Generationen. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Integration“. Der Begriff suggeriert einen Reparaturbetrieb und damit Migration als eine Art Abweichung von der Norm. Die Norm bedeutet in diesem Fall Anpassung an die Kultur vor Ort. Immer öfter spricht man deswegen eher von „Inklusion“ oder „Teilhabe“.

Die Verbesserung politischer Repräsentation von Migrant_innen ist unerlässlich für die gleichberechtigte Chance der Interessenvertretung und hat einen hohen Symbolwert, um die Gleichwertigkeit dieser Gruppen zu betonen.



³ Der Begriff „Postmigration“ beinhaltet z. B. für die Theatermacherin Shermin Langhoff die „Geschichten und Perspektiven derer, die selbst nicht mehr migriert sind, diesen Migrationshintergrund aber als persönliches Wissen und kollektive Erinnerung in die Gesellschaft mitbringen“. Langhoff, selbst Migrantin, ist Begründerin des sogenannten „Postmigrantischen Theater“.

2. WILLKOMMENSKULTUR

Deutschland hat sich seit einigen Jahren vom Einwanderungs- zum Auswanderungsland entwickelt, so vermeldet es das Statistische Bundesamt. Seit 2005 kehrt sich die Migrationsbilanz um. 2013 sind insgesamt rund 800.000 Menschen ausgewandert – darunter nicht nur ausländische Arbeitskräfte und Studierende, sondern auch 140.000 Deutsche. Es fällt auf, dass davon überproportional viele Menschen aus Einwandererfamilien stammen, die als Motivation „Unzufriedenheit“ angeben. Die Türkei ist das Land, aus dem bislang die größte Minderheit nach Deutschland zugewandert ist, doch auch hier kehrt sich der Trend um. Im Jahr 2013 wanderten 7.200 Menschen mehr in die Türkei aus, als Menschen nach Deutschland kamen.⁴



Es gibt keine Erhebung über die berufliche Qualifizierung der Menschen, die abwandern. Dass sich darunter viele junge qualifizierte Deutsche befinden, ist zu vermuten. Die Tragweite dieser Entwicklung ist der Öffentlichkeit kaum bewusst. Der demografische Wandel sorgt dafür, dass Deutschland älter und bunter wird und auch in den nächsten Jahrzehnten auf Zuwanderung angewiesen sein wird. Die Millionen Zuwanderer_innen haben nicht nur das Arbeitspotenzial erhöht, sie sind zudem eine zentrale Größe für die Finanzierung des Sozialstaates.

Verglichen mit den USA sei das Zugehörigkeitsgefühl in Deutschland von Migrant_innen gegenüber ihrer neuen Heimat sehr schwach ausgeprägt. Dies stellen auch Vertreter_innen der Migrantenselbstorganisationen in den Werkstattgesprächen des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung fest. In den USA verkünden viele Migrant_innen, die dort als „Newcomer“ bezeichnet werden, schon nach wenigen Jahren stolz, dass sie Amerikaner sind, trotz eines bleibenden Heimatgefühls zum Herkunftsland.

Doch wie kann Deutschland Zuwanderer_innen vom ersten Tag an in ihrer neuen Heimat willkommen heißen? Willkommenskultur ist mehr als ein Angebot an Sprach- oder Integrationskursen. Sie bedeutet, kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu erkennen, einen Raum für Teilhabe zu ermöglichen und zu gestalten, damit Menschen sich ungeachtet ihrer Herkunft zugehörig fühlen. Statt neuer Regelungen zur Steuerung der Zuwanderung oder eines neuen Einwanderungsgesetzes fordern Expert_innen, die Willkommenskultur zur Staatsraison zu erklären. So begrüßenswert Vorstöße auf politischer Ebene sind, beispielsweise den Islam als Teil Deutschlands anzuerkennen, so wird sich eine Willkommenskultur erst dann etabliert haben, wenn Menschen aus unterschiedlichen Religions- und Kulturkreisen nicht mehr per „Platzeinweiser-Zuteilung“ einer Mehrheitsgesellschaft als dazugehörig oder eben nicht markiert werden. Kurz: Willkommen sein bedeutet erwünscht zu sein. In der Sprache der Politik bedeutet dies, endlich ein selbstverständliches „Wir Deutsche“ auszusprechen und damit alle Menschen, unabhängig ihrer Couleur, ihrer Herkunft und ihrer Religionszugehörigkeit zu meinen.

„ENTSCHEIDEND IST DIE FRAGE, WIE DIE GESELLSCHAFT ES ERREICHT, VIelfALT ZU AKZEPTIEREN. EIGENTLICH WIRD MIT INTEGRATION DOCH DEMOKRATIE GEMEINT.“

Ein Werkstattteilnehmer

⁴ Laut dem Migrationsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kamen 26.400 Menschen aus der Türkei nach Deutschland, während 33.600 Personen Deutschland in Richtung Türkei verließen. Nicht erfasst wird dabei jedoch, ob diese Abwandernden Anstellungen bei deutschen Unternehmen in der Türkei angenommen haben.



Schnell kristallisiert sich in den vier Werkstattgesprächen die Willkommenskultur als roter Faden heraus und wird zugleich Synonym für einen Handlungsansatz. Eine Willkommenskultur auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens ist Voraussetzung für eine demokratische Partizipation von Neu-Zugewanderten und für die Anerkennung der hier bereits lebenden Einwanderer_innen und ihrer Nachkommen. Für eine flächendeckende fortschrittliche und soziale Politik ist die Einführung einer aktiv gelebten Willkommenskultur in Gesellschaft, Verwaltung und in Parteien, Vereinen sowie Verbänden verpflichtend und eine Chance zur aktiven Gestaltung des Wandels in Deutschlands.

2.1 Willkommenskultur aktiv leben ... in der Gesellschaft

2.1.1 Deutschland als Einwanderungsland anerkennen

Die teilweise immer noch hitzig geführte Debatte, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland sei, ist im Grunde ein Streit um des Kaisers Bart. Dabei zeigen die Archive aus den 1960er Jahren, die mittlerweile der Forschung zugänglich sind, dass man sich damals schon durchaus bewusst war, dass nicht nur eine Zu-, sondern auch Einwanderung⁵ stattfindet und damit einhergehend mit Integrationsproblemen zu rechnen sei. Obwohl die Bundesrepublik in Artikel 73 des Grundgesetzes von Einwanderung spricht, wird dieses Thema ein halbes Jahrhundert politisch „verschlafen“, so wie es später Bundespräsident Horst Köhler ausdrücken wird.

„DAS WORT INTEGRATION
PASST NICHT MEHR IN
DIESES JAHRHUNDERT.“

Detlef Tanke MdL, Generalsekretär
der SPD Niedersachsen

Mit der Bildung der neuen Bundesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahre 1998 und ihrem Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland bekennt auch des Kaisers Bart nun endlich Farbe. Für die Migrationspolitik ist dies ein Meilenstein und sie wird somit zu einem gesamtgesellschaftlichen Politikfeld aller Parteien. Das Staatsangehörigkeitsrecht von 1913, welches die Staatsangehörigkeit vom Abstammungsprinzip (*ius sanguinis* = Recht des Blutes) ableitet, wurde im Jahr 2000 um die Einbürgerung durch das Geburtsortprinzip (*ius soli* = Recht des Bodens) erweitert. Nach weiteren Reformen u. a. durch die sogenannte „Süssmuth-Kommission“, sind heute Kinder von Einwandererfamilien mit ihrer Geburt deutsche Staatsbürger_innen.

Ein internationaler Vergleich verschiedener Einwanderungssysteme zeigt, dass Kanada als Vorreiter in Sachen Einwanderungspolitik gilt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Tatsache, dass die kanadische Bevölkerung Einwanderung positiv bewertet und diese nach einem Punktesystem geregelt wird. Multikulturalität und Weltoffenheit gehören zum gesellschaftlichen Leitbild. In Deutschland fordern derzeit Vertreter_innen verschiedener Parteien ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Modell. Expert_innen erklären jedoch, dass ein Punktesystem nicht mehr zeitgemäß sei. Auch sei fraglich, ob sich damit eine „lohnende“ Migration erzielen lässt.

2.1.2 Zwischen „Deutscher Leitkultur“ und multikultureller Wirklichkeit

Die Debatte um die „Deutsche Leitkultur“ wurde in den 2000er Jahren angestoßen und als Gegenmodell zur Multikulturalität heftig diskutiert. Viele Kritiker_innen lehnen diesen Begriff bis heute ab. Die öffentliche Debatte dreht sich weniger um die inhaltliche Ausformulierung

5 Während „Zuwanderung“ weniger endgültig klingt und davon ausgeht, dass manche der Zugewanderten auch wieder weiterwandern, beschreibt „Einwanderung“ eine Migrationsbewegung mit dem Ziel des dauerhaften Bleibens.

und Festlegung, was eine deutsche Identität ausmacht, sondern vielmehr um einen Katalog dessen, was Einwanderer_innen sollen oder nicht sollen, wenn sie in Deutschland leben und bleiben wollen. Vor diesem Hintergrund vertreten konservative Parteien mit Nachdruck die Aufstellung verbindlicher Werte, wie die Einhaltung der Menschenrechte, das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder das Bekenntnis zum Rechtsstaat. Unbeantwortet bleibt jedoch die Frage, warum vor allem Konservative die Werte nun explizit zum Teil der deutschen Kultur erklären müssen, die bereits im Grundgesetz stehen und schon lange von großen Teilen der Menschheit weltweit hochgehalten werden.



Deutschlands Gesellschaft ist in Sachen Vielfalt gespalten. Welchen Widerstand die Leitkultur-Debatte erregt, zeigt der 2014 kreierte *Hashtag #yallaCSU* als Reaktion auf einen CSU-Leitantrag, der in den sozialen Medien innerhalb von wenigen Tagen zu einem virtuellem Forum von zehntausenden Tweets und Posts wuchs. Zurück bleibt der Nachhall, dass Einwanderer_innen und ihre Nachkommen sich für eine Sprache und somit für eine kulturelle Identität entscheiden müssten. Dabei schließen sich Ursprungskultur und Herkunftskultur doch gar nicht aus. Das Sowohl-als-auch-Prinzip ist längst Teil vieler Identitäten in Deutschland. Es ist wirtschaftlich und persönlich ein Gewinn, wenn man kulturell breiter aufgestellt ist. Viele der Teilnehmenden der Werkstattgespräche pflichteten dieser Einschätzung bei und diskutierten in den Expert_innenrunden leidenschaftlich über Fragen nach Heimat, Identität oder Kultur. Genauso wie viele Einwanderer_innen gerne zwei Pässe in ihrer Tasche tragen würden, so betonten viele in der Runde den Wunsch für sich und ihre Kinder, selbstverständlich mit zwei Kulturen aufzuwachsen, ohne die Wurzeln in die Heimat ihrer Vorfahren zu verlieren oder in Deutschland ewig fremd zu bleiben. Politik und Gesellschaft müssen hier ansetzen und vor allem jungen Menschen den Grenzgang zwischen der Kultur ihrer Eltern oder Großeltern und ihrer eigenen Kultur hierzulande ermöglichen. Dazu müssen junge Menschen ernst genommen werden und altersgerecht an Entscheidungen teilhaben können. Wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird sich zukünftig nicht sonderlich viel im Bezug auf Personen mit Migrationshintergrund und politische Partizipation in jeglicher Form ändern, darüber waren sich alle Beteiligten der Gespräche einig.



Es mache zudem wenig Sinn, Kulturgruppen zu konstruieren, die Stereotypen stabilisieren und diese vielleicht auch noch einander konkurrierend gegenüberzustellen. Eine „deutsche Leitkultur“ ist genauso unsinnig wie eine „schwedische“ oder „türkische“. Ziel sollte es sein, ein neues deutsches „Wir-Gefühl“ zu etablieren, welches das postmigrantische Bewusstsein mit berücksichtigt. Dazu zählt auch, die Rolle der Migration in der Geschichte der Bundesrepublik stärker zu thematisieren.

So bildeten sich als Reaktion auf die zugespitzte Debatte neue Gruppierungen, Initiativen und Vereine aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft, die sich mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten als „Neue Deutsche“ zu Wort melden und genau diese Forderungen stellen. Diese Bewegung spiegelt einen neuen Trend wider. Die neugegründeten Initiativen bezeichnen sich bewusst nicht als Migrant_innen, sondern z. B. als „Deutschplus“, „Neue Deutsche Medienmacher“ oder „jung, muslimisch, aktiv“. Diese Gruppen begreifen sich als Deutsche, bringen diesen Anspruch klar in ihrer Eigenbezeichnung zum Ausdruck und positionieren sich mit ihren Forderungen in der Mitte der Gesellschaft.

2.1.3 Klassische Diskriminierung bekämpfen und positive Diskriminierung bewusst machen

Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung⁶ stellen fest, dass die Ausländerfeindlichkeit in Gebieten mit dem geringsten Anteil an Migrant_innen am höchsten ist, während sie in Gebieten mit vielen Migrant_innen deutlich geringer ausfällt. Karl-Heinz Meier-Braun argumentiert, dass die Bevölkerung ihr Wissen über Minderheiten überwiegend aus den Medien

MIGRATION SPIEGELT DIE
VERSCHLEIERTEN PRINZIPIEN
UND VORGEHENSWEISEN
WIDER, AUF DIE SICH EINE
GESELLSCHAFT STÜTZT,
UND BRINGT DIESE ANS
TAGESLICHT.

Abdelmalek Sayad, Soziologe

bezieht. Weiter zeigt sich, dass die Vorurteile dann besonders groß sind, wenn die Informationen (fast) ausschließlich über die Medien bezogen werden. Positiv ausgedrückt kann man festhalten, dass miteinander Leben offenkundig langfristig Diskriminierung abbaut. Kritisch betrachtet kommt den Medien eine große Bedeutung als Meinungsmacher zu: Hat sich ein Klischee erst einmal in den Köpfen festgesetzt, ist es schwer, es dort wieder weg zu bekommen.

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind gesellschaftlich bedeutsame und einflussreiche Phänomene. Umso wichtiger ist es, Ressentiments oder gar Rassismus nicht salonfähig zu machen und beispielsweise bei Kampagnen wie „Wer betrügt, der fliegt“, die von der CSU zur Bekämpfung der sogenannten „Armutsbekämpfung“ eingesetzt wurden, klar Stellung zu beziehen. Es gibt viele Facetten der Diskriminierung und auch wenn sie einen positiven Anstrich hat, bleibt sie eine Diskriminierung. Häufig wird über Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen und nicht mit ihnen. Eine erst auf den zweiten Blick erkennbare Diskriminierung ist es zum Beispiel, Migrant_innen nach dem Prinzip des Kosten-Nutzen-Kalküls unter dem Gesichtspunkt ihrer ökonomischen Verwertbarkeit zu beurteilen. Sie gelten je nach Anpassungsleistung, Erfolg und damit ihrer wirtschaftlichen Nutzbarkeit entweder als gute oder schlechte Ausländer_innen. Dabei fallen vor allem Flüchtlinge im öffentlichen Diskurs durch das Raster dieses „marktförmigen Extremismus“, genießen öffentlich wenig Schutz und werden bevorzugt zur Zielscheibe des Rechtsextremismus. In diesen Fällen zwischen „politisch Verfolgten“ und „Armutsfüchtlingen“ zu unterscheiden, ist zynisch und darf so nicht unwidersprochen stehenbleiben! Flüchtlinge brauchen Perspektiven und Deutschland eine humane Flüchtlingspolitik, auch das wurde mehrfach bei den Werkstattgesprächen betont.

ER IST
BRASILIANER,
DA
MUSS
IHM JA
FUSSBALL
IM BLU
LIEGEN..

Aber auch die kleinen alltäglichen Diskriminierungen müssen immer wieder als solche benannt und bekämpft werden. Alltagsrassismus hat viele Gesichter: Viele Menschen ertragen oft tagtäglich unmittelbare Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem. Auch überdurchschnittlich häufige und gründlichere polizeiliche Kontrollen (*racial profiling*) werden immer wieder von Betroffenen als demütigend bezeichnet. Dass die NSU-Morde in der Gesellschaft lange als „Döner-Morde“ bezeichnet wurden, zeigt die tiefsitzenden Vorurteile auf. Diskriminierung schränkt die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten von bestimmten Personengruppen sehr stark ein. Diskriminierung widerspricht den Grundwerten einer modernen demokratischen Gesellschaft und ihr muss in allen Lebensbereichen widersprochen werden. Es ist nicht nur eine Charakterfrage, ob man Diskriminierung bekämpft, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit, denn sie stellt eine Bedrohung für die Demokratie selbst dar.

⁶ Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur Politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern, 2. vollständig überarbeitete, korrigierte und erweiterte Auflage, Berlin 2015. Auch die sogenannten „Mitte-Studien“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2006 herausgibt, kommen zu ähnlichen Befunden. Vgl. auch Meier-Braun, Karl Heinz 2008: „Migration, Wahlkämpfe und Medien“, In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe WISO direkt, 2010.

2.1.4 Die Rhetorik und Grammatik sprachlicher Verletzungen

Unter Sprache wird üblicherweise der geografische oder kulturelle Raum verstanden, in dem Menschen einen ähnlichen Wortschatz und die gleiche Grammatik teilen. Darüber hinaus ist Sprache auch ein soziales und gesellschaftliches Konstrukt, das angesichts seiner gesellschaftlich durchdringenden Wirkung bedeutsam für die politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern ist.

Politik sollte bunt und vielfältig sein und damit ein Abbild der Gesellschaft darstellen. Menschen mit all ihren unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen sollten darin ihren Platz haben. Derzeit sind Migrantinnen und Migranten in der Politik allerdings noch stark unterrepräsentiert. Doch warum ist das eigentlich so? Was muss sich in der Politik ändern? Und was hat das mit Sprache zu tun?

„DIE GRENZEN MEINER
SPRACHE BEDEUTEN DIE
GRENZEN MEINER WELT.“

Ludwig Wittgenstein, Philosoph

Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich das erste Werkstattgespräch „Sprache und Politik“. Gemeinsam mit **Stefanie Talaska**, Mitautorin der FES-Studie „Sprichst du Politik“ und strategische Planerin beim Institut für Strategie & Kommunikation in Berlin, wurde darüber diskutiert, wie Politik durch Sprache beeinflusst wird.

Das Vermeiden und Ersetzen von Begriffen sollte mit einer sprachlichen Auseinandersetzung einhergehen und nicht über die Tabuisierung bestimmter Begriffe, so Talaska. Die Rhetorik und Grammatik sprachlicher Verletzungen beginne in der Subjektivierung der Kommunikation rund um die Koordinaten zwischen „Wir“ und „Die Anderen“. Häufig sei es nicht die Wortwahl selbst, sondern der Kontext bzw. die Markierung von Personengruppen als „Die Anderen“, die diskriminieren. So stören sich beispielsweise viele schwarze Deutsche nicht an dieser Bezeichnung, da sie eine politische Selbstbezeichnung ist, plädieren jedoch dafür, die Zuschreibungen „Schwarz“ und „Weiß“ groß zu schreiben, um diese als gesellschaftspolitische Zugehörigkeit und nicht als „biologische“ Eigenschaft kenntlich zu machen.⁷ Voraussetzung einer sprachlichen Sensibilisierung ist die Selbstpositionierung und das Bewusstwerden darüber, dass man als Nicht-Migrant_in für eine konstruierte Mehrheitsgesellschaft spricht und damit selbst keiner rassistischen Diskriminierung ausgesetzt ist.

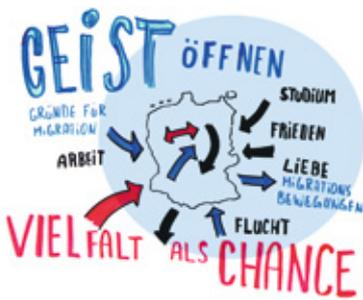
Mit Blick auf den diskriminierungsfreien Sprachgebrauch ist festzustellen, dass eine Art Perverterung der Sachlage zu beobachten ist, wenn „political correctness“ als Schimpfwort verstanden und Ressentiments mit Kritik gleichgesetzt werden. Es herrsche, beklagt Talaska, ein Klima der „political incorrectness“, die unter dem Vorwurf der Meinungsdictatur offen Ressentiments salonfähig mache. Die Erfahrung zeige, so die Sprachexpertin weiter, dass es sehr schwer ist, Menschen, die sich rassistischer und diskriminierender Sprache bedienen, zu belehren. Umso wichtiger sei es, trotzdem entschieden gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen vorzugehen, um Vertrauen in Institutionen aufzubauen und eine öffentliche Sprache der Vielfalt zu etablieren.



⁷ Empfohlen wird in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung „People of Color“, vgl. Glossar der Neuen Deutschen Medienmacher, 2014, S. 13.

Beispielsweise sei es natürlich absurd, grundsätzlich gar nicht mehr über Herkunft zu sprechen, oder zu verleugnen, dass es deutsche Muslime gibt und die konstruierte deutsche Homogenität somit nicht infrage zu stellen, erläutert Talaska. Ähnlich problematisch sei das Wort „Migrationshintergrund“, das sich immer weiter abnutzt und von Menschen aus Einwanderfamilien immer deutlicher abgelehnt wird, da in dieser Bezeichnung ein auf mehrere Generationen übertragener „Ausländerstatus“ nachhallt, der das Ablegen der eigenen Einwanderungsgeschichte unmöglich macht. In dem Zusammenhang schlägt der Referent des zweiten Werkstattgesprächs, **Dr. Dietmar Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung**, vor, für eingewanderte Menschen den Begriff „Einwanderer_innen“ und für ihren Nachwuchs einfach „Deutsche“ zu verwenden. Wenn in der Verwaltungs- und Wissenschaftssprache eine Markierung dieser Personengruppe notwendig ist, empfiehlt sich auch die Bezeichnung „Einwanderer_innen und ihre Nachkommen“, „Menschen aus Einwandererfamilien“ oder „Neue Deutsche“.

Mit einer richtigen Ansprache kann man eine Vertrauensbasis schaffen und alle Menschen dazu einladen, an öffentlichen Diskussionen sowie am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Die Multikulturalität ist dann in Deutschland angekommen, wenn sie in die Alltäglichkeit unserer Sprache übergeht. Doch wie schafft man es, nicht auszugrenzen oder gar zu diskriminieren? Wie schafft man die Quadratur des Kreises, bestimmte Kulturen einzubeziehen, indem man sie benennt, ohne sie durch eine bestimmte Gruppenbezeichnung gleich wieder auszugrenzen? Welche Rolle spielt Sprache bei der Anerkennung und Wertschätzung eingewanderter Kulturen?



Stefanie Talaska gibt im Werkstattgespräch und in der Studie „Sprichst du Politik“, einem Forschungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, Antworten auf diese und andere Fragen und fasst folgende drei Thesen zusammen:

- Man sollte vermeiden, dass über Menschen gesprochen wird. Anstelle dessen sollte man stets versuchen, die betreffenden Menschen einzubinden. Vor allem sollte man **Gegenentwürfe zu diskriminierender Sprache** gemeinsam mit Betroffenen erarbeiten.
- Sprache ist nur ein Bestandteil für Veränderung, es muss auch immer die **Veränderung im Handeln** folgen.
- Jegliche Diskriminierung zu vermeiden ist nichts, was an einem Wochenende gelernt werden kann, sondern ein ständiger Prozess. Das Ziel muss sein, eine Person nicht als Vertreter_in einer Gruppe zu betrachten, sondern **immer als Einzelperson**.

Im Fall von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund fällt auf, dass diese oft als eine homogene Gruppe verstanden und als ein Gegenentwurf zu einer deutschen Identität konstruiert werden. Dabei wird häufig nicht erkannt, dass Menschen aus Einwandererfamilien oft keine gesonderte Ansprache wünschen und dass die unterschiedlichen Herkünfte zu ganz diversen Communities geführt haben, die keinesfalls homogen sind. Talaska empfiehlt in diesem Zusammenhang, Gruppen nicht wegen bestimmter Merkmale einzuladen (Wir laden „Ausländer“ nur zu Integrationsdebatten ein, Moslems nur, wenn es um Religion geht, etc.). Vielmehr sollten diese Menschen an Hand thematischer Kriterien angesprochen werden (deutsch-türkische Unternehmer_innen zu Wirtschaftsdiskussionen einladen, statt zu Integrationsdebatten). Dadurch haben Menschen die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, ob sie zum jeweiligen Adressat_innenkreis dazugehören wollen oder nicht.

2.2 Willkommenskultur aktiv leben ... in der Verwaltung

2.2.1 Zugangshürden senken

Im Jahr 2013 wurden in Deutschland nur 1,6 % der Ausländer_innen eingebürgert. Damit befindet sich Deutschland im internationalen Vergleich in der Rangliste relativ weit hinten. Die Begründung für die geringe Ausschöpfung des Potenzials liegt vor allem im administrativen Bereich. Oft stehen Zugewanderte wegen Personalmangels in Behörden vor verschlossenen Türen oder müssen mit langen Wartezeiten rechnen. Diese Hürden werden häufig als unüberwindbar wahrgenommen und müssen abgebaut werden.

Andere Länder, z. B. Luxemburg, sind in diesem Bereich weiter. Eine „Willkommenskultur“ für aktuell erwünschte Zuwanderer_innen ist ohne eine „Anerkennungskultur“ für seit Langem in diesem Land lebende Menschen mit Migrationshintergrund nicht möglich. Eine engere Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen kann hier für beide Seiten bereichernd sein.

Als Lösungsansatz sollten nach Meinung der Mitwirkenden an den FES-Werkstattgesprächen verschiedene Bedingungen geändert werden. Zum einen müssten Vereine, Schulen und Öffentlichkeit besser und einfacher (z. B. über das Internet) über Einbürgerung informiert werden. Zum anderen wären mehr Ressourcen und Schulungen im Bereich Personal erforderlich. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sollte personell sichtbar gemacht werden und mehr Stellen durch Bewerber_innen mit Migrationshintergrund besetzt werden. Außerdem sollten mehrsprachige Angebote ausgebaut werden.

Auch müssten die Baustellen in Verwaltungen behoben werden, die das Einwanderungssystem derzeit schwerfällig machen, z. B.:

- Lange **Wartezeiten** im Einwanderungsverfahren.
- Das Missverhältnis zwischen angeworbenen Arbeitskräften und dem **Fachkräftebedarf** am Arbeitsmarkt.
- Die **Vergeudung von Qualifikationen**, wie etwa gut qualifizierte Einwanderer_innen, die jenseits ihrer eigentlichen Qualifikation arbeiten.
- Technokratische Sprache erschwert den Zugang. Eine **vereinfachte Sprache** würde den Zugang erleichtern, für alle Menschen.
- Die Verfügbarkeit von Infomaterial in verschiedenen Sprachen ist ausbaufähig. Die **Multilingualität** sollte sich beispielsweise auch im Internetauftritt widerspiegeln und bei den Fähigkeiten der Mitarbeitenden.

Oft herrscht ein Bearbeitungsstau bei der Abwicklung von Asylanträgen, von Anträgen zur Anerkennung von Qualifikationen und von Einbürgerungen. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung und die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

2.2.2 Interkultur als Programm

Die Mehrzahl der Bundesländer hat längst die Integration von Zuwanderer_innen als ein zentrales Handlungsfeld der Landespolitik erkannt und die institutionellen Voraussetzungen verbessert, um eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik zu praktizieren. Wie einzelne Länder diese Praktiken umsetzen und welche Best Practice-Beispiele sich daraus ergeben, fasst das Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung „Integration ist

Anders ist Normal



(auch) Ländersache!“ zusammen. Je nach Land und Aufenthaltsstatus der/des Betroffenen kann es im Maß der politischen Inklusion erhebliche Unterschiede geben.

Miguel Vicente, Beauftragter für Migration und Integration des Landes Rheinland-Pfalz, sieht als eine Ursache für die Unzufriedenheit der Migrantenselbstorganisationen die mangelnde Vernetzung. Oft würden Akteur_innen auf Seiten der Verwaltungen und der Migrantenselbstorganisationen sich nicht ausreichend kennen. Eine Öffnung der Verwaltung sei wichtig, um sich besser kennenzulernen und so gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. So könne größeres Verständnis geweckt, sich mehr Zeit genommen und die Zusammenarbeit verbessert werden. Dies sei auch für die Sensibilisierung der Mitarbeiter_innen in Verwaltungen wichtig.



Die Forderungen aus den Werkstätten:

- Behördenmitarbeiter_innen müssen richtig fortgebildet und adäquat entlohnt werden. Man kann als Nicht-Betroffene_r nur dann ein Bewusstsein für Diskriminierung und Rassismus entwickeln, wenn man **im engen Kontakt mit Betroffenen** ist.
- Es müssen genug **Ressourcen** für Personal bereitgestellt werden.
- **Mehrsprachige Angebote** müssen ausgebaut werden.
- **Interkulturelle Trainings** für Mitarbeiter_innen müssen Standard werden.
- **Personalschlüssel und Eingruppierung** sollten den Anforderungen entsprechend angehoben werden.

Viele Einwanderer_innen fühlen sich in Ausländerbehörden ausgegrenzt. Neben der Verbesserung der ressourcenorientierten Möglichkeiten ist eine Sensibilisierung der Mitarbeiter_innen und der Entscheidungsträger_innen notwendig. Interkultur sollte in Behörden und Verwaltungen zur Kultur werden. Solch ein interkulturelles Verständnis könnte die Gesellschaft offener gestalten. Das Gefühl des Willkommenseins ist ein entscheidender Faktor für den Wunsch zur Einbürgerung. Die Ausländerbehörde der Region Hannover nennt sich bspw. „Team Zuwanderung“. Das ist ein gutes Signal.

Wichtig sind auch Empathie sowie das Verständnis für andere Kulturen und Sprachen, da beide Kulturen gelebt werden sollten. Akteur_innen sollten ihr Selbst- und Fremdbild überprüfen und aufeinander zugehen können.

„ES BRAUCHT VOR ALLEM EIN UMDENKEN IN DEN KÖPFEN DER MENSCHEN. ICH WERDE OFT GEFRAGT: WOHER KOMMST DU? AUS INDIEN! UND, WANN GEHST DU ZURÜCK?“

Ein Werkstattteilnehmer

2.2.3 Anonymisierte Bewerbungsverfahren

Menschen mit persönlicher und familiärer Zuwanderungsgeschichte sind in vielen Berufsfeldern immer noch unterrepräsentiert. Dies betrifft vor allem den öffentlichen Dienst und liegt oft nicht an mangelnder Qualifikation. Die größte Parallelgesellschaft existiert in Verwaltungen und in den Lehrerzimmern, das zeigen Untersuchungen immer wieder. Eine Doppelstrategie könnte sein, neben der Forderung einer Quote auch anonymisierte Bewerbungsverfahren einzusetzen. In den Ministerien von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurden anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt, um die Unterrepräsentanz von Frauen und Migrant_innen mit Erfolg zu minimieren. Auch in Niedersachsen gibt es Vorreiter: Die Stadtverwaltung Celle hat sich nach einer Teilnahme am bundesweiten Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) für die dauerhafte Implementierung solcher Verfahren entschieden. 2010 hatte die ADS ein Pilotprojekt initiiert,

mit der sie belegen konnte, dass Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation viel seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Das anonymisierte Bewerbungsverfahren erhöhte ihre Chancen nachweislich.

Auch da sind andere Länder schon weiter: In den USA, Kanada und Großbritannien ist das Verfahren längst anerkannt, in Frankreich und der Schweiz wurde es zum Teil eingeführt. Belgien nutzt anonymisierte Bewerbungsverfahren bereits im gesamten öffentlichen Sektor.

2.3 Willkommenskultur aktiv leben ... in Parteien, Vereinen und Verbänden

2.3.1 Sprache

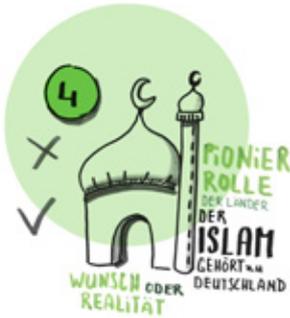
Die Politik bewegt sich im besonderem Maße im Spannungsfeld von Macht und Sprache. Sprache ist ein Instrument, um Machtverhältnisse zu stabilisieren und kann eine Gruppe von Menschen sprachlich ausschließen oder als zugehörig definieren. So entsteht als Folge des Gebrauchs bestimmter Wörter in bestimmten Kontexten unter Bezugnahme auf bestimmte Menschen ein gedanklicher Rahmen, der den Nährboden für Rassismus schaffen kann. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Diskriminierungserfahrungen „Räume“ meiden, in denen sie dieser Gefahr begegnen könnten. Wer sprachlich entwürdigt wird, ist auch der Gefahr ausgesetzt, physisch verletzt zu werden. Dies hat wiederum zur Folge, dass sich diese Menschen nicht am Mehrheitsdiskurs beteiligen.

Die Politik ist somit ein Raum, der von vielen Menschen, die als „nicht integriert“ wahrgenommen werden, ungern betreten wird. Dabei stellen Räume, in denen man als „Anderer“ aufgenommen und nicht ausreichend repräsentiert wird, eine große Hürde dar. Die wichtigste Aufgabe der Politik ist, diese Räume niedrigschwellig zu gestalten und durch Sprache Barrieren abzubauen, anstatt nach außen als „Geschlossene Gesellschaft“ aufzutreten.

Einige Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Sprache aus den Werkstattgesprächen:

- **Barrierefreiheit:** Die Lebensräume der Zielgruppe betreten, in denen diese sich bereits befinden, statt sie in die eigenen Räume einzuladen. Gerade die abendlichen Treffen im versteckten „Hinterzimmer“ können abschreckend wirken oder der Zugang (durch einen vollen „deutschtümelnden“ Gastraum) kann als Barriere wahrgenommen werden.
- Ein **Sprachglossar** mit klaren Anleitungen und Worterklärungen ist hilfreich, das trifft auf Parteien genauso zu wie auf Vereinsunterlagen oder öffentliche Dokumente.
- Die **Menschen einbinden**, indem das Erlebte zu einem nutzbaren Wissen umgewandelt wird. Migrantische Erfahrungen können unsere Politik bereichern.
- **Natürliche Gesprächsräume schaffen**, wo alle gleichberechtigt zu Wort kommen.
- Auf der Wort- und Begriffsebene **keine Bezeichnungen verwenden, die negativ konnotiert sind**. Hierbei ist zu beachten, dass diese Begriffe einer Veränderung und deswegen einem ständigen Informationsprozess unterliegen (z. B. die sich wandelnde Nutzung des Begriffs „Zigeuner“).
- **Individuen anerkennen:** Menschen sollten nicht durch ein vermeintliches Merkmal als Gruppe konstruiert werden, wie zum Beispiel „die Migrant_innen“. Heißt auch: Nicht annehmen, jemand komme aufgrund eines „Merkmals“ von woanders und nicht von hier.
- Wo möglich, kann man mit **mehrsprachigen** Einladungen, Flyern oder gar Veranstaltungen neue Zielgruppen erreichen.





- Es sollte vermieden werden, sowohl positive wie negative **Eigenschaften an „Personengruppen“ zu knüpfen** und so aus einem Individuum ausschließlich eine_n Strukturvertreter_in bzw. eine_n Repräsentant_in einer Gruppe zu machen.
- Stereotype oder **sprachliche Abgrenzungen** können Vorurteile noch fester zementieren, selbst wenn man sie ungewollt benutzt.
- Aufpassen, dass nicht einer Personengruppe **„Schuld“** für „mangelnde Integration“ zugeschrieben wird.
- Auf der Argumentationsebene heißt das, am besten auch nicht von Bereicherung/Vielfalt zu reden, wenn es darum geht, diese mit vermeintlichen kulturellen Unterschieden zu verknüpfen. Man kann schnell an seine **Argumentationsgrenzen** kommen, wenn man kulturelle Unterschiede meint und diese mit dem Begriff „Vielfalt“ verdecken möchte.
- Bei Bezeichnungen darauf achten, **keine Begriffe zu wählen, die Menschen innerhalb der Gesellschaft ausgrenzen** und sie nicht als Teil davon erkennbar machen. Menschen muslimischen Glaubens oder „People of Color“ können natürlich Deutsche sein – aufpassen, wenn es darum geht, Gruppen zu separieren und über ein Merkmal zu definieren.
- **Selbstreflexion:** Wer wird überhaupt als Migrant_in bezeichnet? Warum nehme ich diese Person jetzt als fremd wahr und welchem Kreis fühle ich mich zugehörig?

Nicht zu diskriminieren ist ein ständiger Prozess mit dem Ziel, ein Individuum als Individuum und nicht als Vertreter_in einer Gruppe wahrzunehmen. Voraussetzung für eine glaubhafte Anti-Diskriminierungsposition einer Partei oder Organisation ist die Bereitschaft für Veränderung und parteiinternen Konsens, worin offenkundig auch die Schwierigkeit besteht, da Uneinigkeit darüber herrscht, wo Diskriminierung beginnt.

2.3.2 Personelle Präsenz von Vielfalt

Wenn in Deutschland über Integration gesprochen wird, dann erscheinen Eingewanderte oft als eine zu integrierende Gruppe, die an demokratische Teilhabe herangeführt werden muss, anstatt als aktive Bürger_innen, die das Land mitgestalten wollen. Durch das neue Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft wird der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund mit Wahlrecht steigen. Umso wichtiger ist es, dass in Parteien, Verbänden oder Stadt- und Gemeinderäten „Vermittler_innen“ sitzen, die in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Ansehen und Vertrauen genießen. Es geht dabei aber auch nicht nur um gruppenspezifische Interessen, sondern vielmehr um eine öffentliche Präsenz. Die Verbesserung politischer Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ist wichtig für deren gleichberechtigte Chance zur Interessenvertretung und hat hohen Symbolwert in Bezug auf deren Gleichwertigkeit.

„ES IST WICHTIG, DASS DIE LEUTE IN DAS SYSTEM KOMMEN UND VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN, OB ES NUN POLITIK IST, DIE WIRTSCHAFT ODER DER JOURNALISMUS. ES WIRD SICH ERST DANN ETWAS ÄNDERN, WENN DIE JUNGEN LEUTE, DIE EINEN MIGRATIONS-HINTERGRUND HABEN AUCH TEIL DES SYSTEMS SIND.“
Alptekin Kirci, Staatskanzlei Niedersachsen

Parlamente und Parteien spiegeln die Vielfalt der Gesellschaft bisher nicht wirklich wider und erschweren es, die Interessen der Eingewanderten zur Geltung zu bringen. Die politische Repräsentation von Eingewanderten ist nicht nur eine Aufgabe der politischen Parteien, sondern auch eine demokratische Herausforderung für die Landespolitik. Die Unterrepräsentanz von Eingewanderten und ihrer Nachkommen auf verschiedenen Ebenen der Politik – sei es an der Parteibasis vor Ort bis hinein in die Spitzenpositionen auf Bundesebene – ist ein Problem, da sie nicht die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Im Idealfall

sollte jedes Gremium, jede Partei oder aber auch alle Parlamente den Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Beispielhaft stammten nach der letzten Bundestagswahl 2013 aber nur sechs Prozent der Abgeordneten aus Einwandererfamilien, die Zahl für den Landtag Niedersachsen ist fast identisch. Damit liegt der Anteil weit unter dem Durchschnitt. Um die Wählbarkeit von Kandidat_innen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, bieten sich zwei Möglichkeiten an: (1.) Man wählt eine Partei, die in ihren Listen Kandidat_innen mit Migrationshintergrund an aussichtsreicher Position führt oder (2.) man wählt eine_n bestimmten Kandidat_in mit Migrationshintergrund. Für die Unterstützung von Kandidat_innen mit Migrationshintergrund bietet sich die Listenwahl an. Gerade „Newcomer“ haben bei der Listenwahl eher eine Chance, über gute Listenplätze auch tatsächlich ein Mandat zu erringen. Maßnahmen, um die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, könnten sein:

- **Vorbilder schaffen:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in öffentlichen Positionen können positive Beispiele darstellen und eine Vorbildfunktion einnehmen. Dies gilt nicht nur für die Politik, sondern z.B. auch für KITA-Betreuer_innen.
- **Vorbilder leben:** Es sollte darauf geachtet werden, dass öffentliche Veranstaltungen und Podien vielfältig besetzt werden.
- **Quote:** Eine Quote für Parteimitglieder mit Migrationshintergrund (so wie es die SPD 2012 bei der Wahl von Parteigremien mit der Einführung einer Quote von 15% vorge-macht hat) kann analog zur Frauenquote eine bessere Repräsentation erzwingen. Hier bleibt die Frage, wie man dieses Merkmal für eine Quote „misst“.
- **Listenwahl und Personenwahl:** Kandidat_innen aus Einwandererfamilien im Wahlkampf sichtbar machen und sie auf aussichtsreiche Plätze setzen, um so die Chancen ihrer Wahl zu erhöhen.

2.3.3 Generell: Politikstil hinterfragen

Der politischen Kultur mangelt es oft an Transparenz und Glaubwürdigkeit – diesen Eindruck vermittelt die Berichterstattung in den Medien bzw. Meinungsumfragen unter Bürger_innen. Ihre Akteur_innen haben häufig ein eher technokratisches Verständnis und ihr Handeln scheint gelegentlich weniger auf Inhalte, als viel mehr auf die Karriere konzentriert zu sein. Zusammen mit einer gewissen Ellenbogenmentalität zeichnet sich in der Öffentlichkeit ein Bild von Politiker_innen, deren Aussagen und Positionen selten über das nächste Wahldatum hinaus Bestand haben. Dies wird von der Wähler_innenschaft durchaus registriert und zeigt sich im sinkenden Interesse der Öffentlichkeit an Wahlen und politischen Inhalten. Fehlende Bürger_innennähe und eine gewisse Realitätsferne werden Politiker_innen oft vorgeworfen, die häufig ein Leben zwischen Parlament und Partei-zentrale führen und dabei mitunter den Sinn für die gesellschaftliche Realität und die Lebenssituation ihrer Wähler_innen zu verlieren drohen. Eine gewisse Eingefahrenheit, Trägheit und der Hang zu „faulen Kompromissen“ werden der Politik und ihren Akteur_innen im Bezug auf ihre fehlenden oder verschwundenen Visionen attestiert. Verstärkt wird das ganze durch eine Sprache und Ausdrucksweise, bei der Bürger_innen schon sehr genau hinhören müssen, um den Sinn und die Botschaft hinter den Worthülsen verstehen zu können. Das schlechte Image der Mandatsträger_innen färbt auf alle im Politikbetrieb ab, auch auf die ehrenamtlichen, kommunal aktiven Menschen. Das schreckt viele ab, selbst Politik zu gestalten.

„WIR HABEN IN CELLE DIE PROVOKANTE FORDERUNG AUFGESTELLT, DASS MANDATSTRÄGER_INNEN HÖCHSTENS ZWEI LEGISLATURPERIODEN MACHEN DÜRFEN UND DANN EINE PAUSIEREN MÜSSEN. AUCH BEI DEN ALTEN GRIECHEN WAR DAS SO.“

Ein Werkstattteilnehmer



Dabei sollte politische Kultur geprägt sein von einer vereinten Vision, in der man gemeinsam kämpft, Demokratie stärkt, Wissen vermittelt und Generationen verbindet. Die politische Kultur sollte sich wieder dahingehend verändern, dass Politik im wahrsten Sinne des Wortes als Interessenvertretung aller Bürger_innen wirkt und nicht als Arena für persönliche Eitelkeiten und Fraktionszwänge, fordern auch einige der Teilnehmenden der Werkstattgespräche. Dazu ist auch ein Denk- und Handlungshorizont über das nächste Wahldatum hinaus dringend erforderlich.

Durch folgende Maßnahmen könnte die Verbindung zwischen Politik und Bürger_innen wieder hergestellt werden:

- Um dem Mangel an Visionen entgegenzuwirken und das Vertrauen in Politik und seine Institutionen wieder herzustellen, ist es von Seiten der Politik dringend notwendig, eigene **Verhaltensweisen zu reflektieren**, offen mit neuen Ideen umzugehen und Integration und Teilhabe in den Mittelpunkt des politischen Prozesses zu stellen.
- Um der Abkopplung von Politiker_innen von der Wähler_innenschaft entgegenzuwirken, sollten **Ämter- und Parlamentszugehörigkeit auf zwei Wahlperioden am Stück begrenzt werden** und damit eine Realitätsnähe in gewisser Weise „erzwingen“ werden, so der Vorschlag aus einer der Arbeitsgruppen. Personen der politischen Öffentlichkeit sollten in ihren erlernten Berufen arbeiten, bevor sie sich wieder zur Wahl stellen dürfen. Dies kann man zumindest diskutieren.
- **Ämterhäufungen** sollten vermieden werden.
- **Innerparteiliche Defizite sachlich thematisieren und offen diskutieren:** Personen in politischen Verantwortlichkeiten sollten sich daran erinnern, wem sie, neben ihrem Gewissen, in erster Linie verpflichtet sind. Dies sollten weder ihre Partei, noch die eigene Fraktion, noch andere Einflüsse sein – ihre Entscheidungen sollten den Willen ihrer Wähler_innenschaft widerspiegeln. Zudem sollte sich dies auch in ihrem öffentlichen Auftreten und ihrer Ausdrucksweise bemerkbar machen.
- Eine **Frauen- und Migrant_innenquote** in Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt und in politischen Gremien sollte erwogen werden bzw., wo vorhanden, umgesetzt werden.
- Ebenso sollten **Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung** auf allen Ebenen, in allen Schichten und Generationen in Deutschland verstärkt werden, nicht nur speziell für Zugewanderte. Bildung ist Teilhabe!
- Wähler_innen sollten politische Inhalte stets und beharrlich hinterfragen, Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen und ihrer Abgeordneten oder ihrem Abgeordneten bei der Arbeit **auf die Finger schauen**. Ebenfalls sollten sie eine klare und eindeutige Sprache auf der politischen Bühne einfordern.
- Eine **Selbstöffnung** der Parteien, Vereine und Verbände ist von Nöten, in der über neue Formen der Willkommenskultur nachgedacht und überlegt wird, was man tun könnte, um neue Mitglieder unterschiedlicher Herkunft zu gewinnen, diese in die Parteistrukturen einzubinden und ihren Belangen ein Forum zu geben. Arbeitsgruppen zur thematischen Schwerpunktsetzung bzw. zur punktuellen Mitarbeit können Barrieren abbauen. Ortsvereine sollten proaktiv auf neue Mitglieder und speziell Migrant_innen in ihrem Umfeld zugehen.





DIE MACHT DER WORTE MEHR VIELFALT WAGEN! BEGRIFFE NACH INHALT BESTIMMEN

KONTAKT
HOFFNUNG
HEIMAT
LIEBE
FREIHEIT
ESSEN
MUSIK

Abstrakte Komponenten?



Anders ist Normal

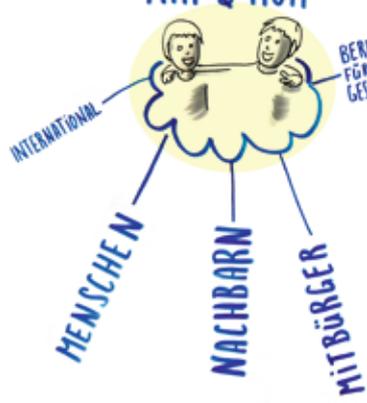
MULTIKULTURELLER CHARAKTER
WAS IST MIGRATION?



INTEGRATION ALS PROZESS



MIM & MOM



3. RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN



3.1 Doppelte Staatsbürgerschaft / Doppelpass

Wer in Deutschland geboren und auch aufgewachsen ist, muss sich in Zukunft nicht mehr zwischen zwei Pässen entscheiden, sondern kann beide auf Dauer behalten. Das Optionsmodell wurde 2014 durch die Große Koalition abgeschafft. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern können nun die doppelte Staatsangehörigkeit behalten, wenn sie einen deutschen Schulabschluss, einen sechsjährigen Schulbesuch oder eine achtjährige Aufenthaltszeit in der Bundesrepublik nachweisen können. Dies ist ein Meilenstein der Integrationspolitik und eine emotionale Entlastung von jungen Menschen, die, obwohl sie sowohl die Identität ihres Herkunftslandes, als auch ihre deutsche Identität besaßen, sich bisher für einen Pass entscheiden mussten.

„DAS HAUPTPROBLEM SIND DIE 31-JÄHRIGEN, DIE 45-JÄHRIGEN, DIE 62-JÄHRIGEN, DIE SAGEN, ICH LEBE MEIN GANZES LEBEN IN DEUTSCHLAND UND MÖCHTE DIE DEUTSCHE STAATSBÜRGER SCHAFT, OHNE MEINE TÜRKISCHE ABGEBEN ZU MÜSSEN. DAS IST DIE GROSSE GRUPPE, DIE UNZUFRIEDEN IST.“

Dr. Dietmar Molthagen,
Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Neuregelung sieht jedoch noch immer Ausnahmen vor, denn sie gilt vorerst nur unter einer Voraussetzung: Bis zum 21. Geburtstag muss jemand mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder sechs Jahre hier zur Schule gegangen sein. Die doppelte Staatsbürgerschaft trifft im Falle der türkischen Community z.B. nur die dritte, vierte oder fünfte Generation der sogenannten Gastarbeiter_innen. Die erste und zweite Generation, quasi die Eltern- und Großelterngeneration, gehen weiter leer aus. Hier muss die Politik und die Gesellschaft ansetzen und Menschen den Grenzgang zwischen der Kultur ihrer Eltern oder Großeltern und ihrer eigenen Kultur hierzulande ermöglichen. Darin sind sich die Werkstatt-Teilnehmenden einig.

Ein Wandel im Bereich Staatsbürgerschaft ist zu verzeichnen. Während bis Mitte des 20. Jahrhunderts die Doktrin bestand, dass jeder Mensch ausschließlich eine Staatsbürgerschaft besitzen sollte, sind heute bereits viele Staaten davon abgekehrt. Auch in Deutschland findet eine Öffnung in Richtung EU und Schweiz statt. Besonders seit dem Jahr 2000 hat eine konstante Zunahme der Mehrstaatlichkeit bei Einbürgerungen stattgefunden. Im Jahr 2013 lag diese schließlich bei 50,3% aller Einbürgerungen.

3.1.1 Einbürgerung erleichtern und fördern

„DER PASS IST DER EDELSTE
TEIL DES MENSCHEN.“

Bertolt Brecht, Dramatiker und Lyriker

Politische Mitbestimmung von Zuwanderer_innen kann durch zwei Wege ermöglicht werden: Ausländer_innenwahlrecht und/oder die Einbürgerung. In der Bundesrepublik findet kein Ausländer_innenwahlrecht Anwendung, außer für EU-Bürger_innen.

Eine Einbürgerung erfüllt verschiedene Funktionen:

- Auf der *instrumentellen Seite* bringt eine Staatsangehörigkeit volle Rechte als Bürger_in im Inland und Ausland mit sich.
- Sie bedient eine identifikatorische Seite, indem sie auch eine volle emotionale Zugehörigkeit erleichtert.
- Auf der *partizipativen Seite* sichert sie demokratische Rechte zu.

Darüber hinaus lassen sich positive Effekte für die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Justiz feststellen. Problematisch ist jedoch, dass alle bisherigen Reformen unter großen Anstrengungen geschehen sind, aber die Einbürgerungsquote immer noch sehr gering ist.

Zwei Wege: Ausländerwahlrecht und/oder Einbürgerung

| | Ausländer-Wahlrecht (meist teilweise) | Kein Ausländer-Wahlrecht (außer EU) |
|---------------------------------------|--|---|
| Einbürgerung leicht und häufig | Belgien, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Irland, Schweden, Neuseeland | Kanada, USA, Frankreich, Australien |
| Einbürgerung schwer und selten | Dänemark, Spanien, Norwegen, Luxemburg, Schweiz, Estland | Deutschland , Griechenland, Österreich, Costa Rica |

Quelle: Prof. Dietrich Thränhardt



Einbürgerungsraten: Prozentzahl Ausländer, die im Jahr 2011 eingebürgert wurden

| | | | |
|-----------------------|-------|--------------------|-------|
| Schweden | 5,8 % | Finnland | 2,7 % |
| Norwegen | 4,0 % | Belgien | 2,7 % |
| Großbritannien | 3,9 % | Spanien | 2,0 % |
| Niederlande | 3,8 % | Deutschland | 1,6 % |
| USA | 3,2 % | Österreich | 0,7 % |
| Frankreich | 3,0 % | Italien | 0,5 % |

Quelle: Prof. Dietrich Thränhardt

Die unterschiedlichen Einbürgerungsquoten⁸ zeigen, dass Länder und Kommunen über erhebliche Spielräume verfügen, die sie unterschiedlich nutzen können. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Schleswig-Holstein und Hessen als Flächenstaaten weisen hierbei die höchsten Einbürgerungsraten auf. Die Höhe der Einbürgerungsraten wird wesentlich durch Informations- und Einbürgerungskampagnen sowie eine einbürgerungsfreundliche Verwaltungspraxis beeinflusst. Als ein besonders gutes Beispiel ist hier die Einbürgerungsinitiative des Stadtstaats Hamburg zu nennen: Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz hat sich 2011 eine Liste von nicht eingebürgerten Menschen vorlegen lassen, die jedoch alle Formalien dafür erfüllen, und alle mit einem persönlichen Brief dazu eingeladen, sich einbürgern zu lassen. Es gab im Anschluss eine Einbürgerungswelle. In den ersten vier Wochen gab es über 4.000 Anträge auf Einbürgerung, was für Hamburger Verhältnisse sehr viel ist.

⁸ Hamburg: 4,63 %, Niedersachsen: 2,73 %, Bayern: 1,72 % (Stand 2013); Quelle: Prof. Dietrich Thränhardt



Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland im Punkt Einbürgerung eher schlecht ab, belegt **Prof. em. Dr. rer. soc. Dietrich Thränhardt** in seinem Impuls. Mit einem Wert von 5,8% wurden 2011 in Schweden die meisten Zuwanderer_innen eingebürgert. Auf Platz zwei liegt Norwegen mit 4,0%. Das Schlusslicht ist Italien mit 0,5%. Deutschland weist einen Wert von 1,6% auf und befindet sich somit ebenfalls am unteren Ende des Rankings. Ein großes Problem in Deutschland stellt die Ideologisierung der politischen Diskussion dar. Einerseits herrscht ein Integrationskonsens, andererseits bestehen jedoch Parteienkonflikte bzw. Dissens über die Frage von Ausländer_innenwahlrecht und Einbürgerung.

Die Zahlen verdeutlichen ein demokratisches Dilemma: Aktuell leben sechs bis sieben Millionen „Ausländer_innen“ ohne Mitspracherechte in Deutschland. Die Tendenz ist für die nächsten Jahre und Jahrzehnte steigend. Auch für Parteien, insbesondere linke Parteien, hat dies Konsequenzen, da ein großer Anteil dieser Personengruppe ihr potenzielles Wähler_innenklientel ausmachen könnte.

Insgesamt lassen sich in den einzelnen Landkreisen und Regionen große Unterschiede innerhalb eines Bundeslandes feststellen, legte Thränhardt dar. Gleichermäßen lassen sich beim Einbürgerungspotenzial große Unterschiede zwischen den Herkunftsländern feststellen. Demnach kommt die größte Gruppe eingebürgerter Zuwanderer_innen aus Afghanistan (11,1%), gefolgt vom Irak mit 10,1%. Schlusslicht sind Menschen aus Italien (0,6%). Thränhardt begründet diese Ergebnisse damit, dass Ausländer_innen aus EU-Ländern sich deswegen weniger oft einbürgern lassen, weil die Situation in ihren Heimatländern weitgehend stabil ist im Vergleich zu anderen Regionen. In der Diskussion mit den Teilnehmenden der Werkstatt wurde auch herausgearbeitet, dass künftig dafür gesorgt werden müsse, dass die Staatsbürgerschaft eine stärkere Wertschätzung erfahre und mit ihr wünschenswerte Teilhabeeffekte für die Betroffenen einhergehen, von denen diese vielleicht teilweise nichts wissen.



3.2 Integration und Migration als Querschnittsaufgabe?

Migration und Integration sind zentrale Zukunftsaufgaben. Oft liegen sie in verschiedenen Zuständigkeiten. Es gibt verschiedene Modelle, wie Integration strukturell verankert werden kann. In Bremen ist die Integrationspolitik „Chefsache“ und stark an die Senatskanzlei und den Ministerpräsidenten gebunden. Das baden-württembergische Beispiel, bei dem der Bereich Integration nicht mit anderen Themen verknüpft wird, sondern ein eigenes Ministerium hat, weist strukturelle Defizite auf, da geringe Machtressourcen vorliegen, stellt **Miguel Vicente**, Beauftragter für Migration und Integration des Landes Rheinland-Pfalz zur Diskussion.

Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung kann stärker mit anderen Zukunftsthemen verknüpft werden. Die stärkere Vernetzung der Akteure vor Ort und die Integrationsangebote können dadurch effektiver und passgenauer vermittelt werden. Es gibt verschiedene positive Praxis-Beispiele, wie Integration als Querschnittsaufgabe gut funktionieren kann, da sie mehr Einflussmöglichkeiten bietet.

In Rheinland-Pfalz liegt die Zuständigkeit der Flüchtlingspolitik anders als in anderen Ländern nicht im Innenministerium, sondern beim Integrationsministerium. Das hat den Vorteil, so Vicente, dass beispielsweise die Integration der Zuwanderer_innen in einer Hand liegt und die Rückführung ganzheitlicher und humanitärer gestaltet werden kann.

Über ein starkes Ministerium, das die Bereiche Arbeit, Integration und Soziales bündelt, verfügt Nordrhein-Westfalen. Die Einrichtung und Förderung Kommunalen Integrationszentren basiert in Nordrhein-Westfalen auf dem Teilhabe- und Integrationsgesetz (2012) und verbindet die Ansätze „Integration als Querschnittsaufgabe“ und „Integration durch Bildung“.

In Niedersachsen hat die neue rot-grüne Landesregierung 2013 eine Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe installiert. Bei der Ernennung der ersten Landesbeauftragten Doris Schröder-Köpf MdL erklärte Ministerpräsident Stephan Weil MdL, dass „die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe die Anwältin der Menschen mit Migrationshintergrund sei.“ Als Fürsprecherin, Beraterin, Interessenvertreterin von Menschen mit Migrationshintergrund soll dieses Amt die rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe der in Niedersachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen.

3.3 Staatsvertrag

2012 hat Olaf Scholz den ersten Staatsvertrag mit muslimischen und alevitischen Verbänden unterzeichnet. Hamburg ist Vorreiter, Bremen und Niedersachsen ziehen gerade nach. Demnach dürfen sich Muslime an religiösen Feiertagen freinehmen und Aleviten können den Religionsunterricht mitgestalten. Mit den muslimischen und alevitischen Feiertagen verhält es sich ähnlich wie mit dem Buß- und Betttag. Gläubige haben an solchen Tagen ein Recht auf berufliche Freistellung, wie es auch für christliche Arbeitnehmer_innen gilt. Der Staatsvertrag hat einen hohen symbolischen Stellenwert und könnte zum Vorbild für andere Bundesländer oder andere Bevölkerungs-/Glaubensgruppen werden. Sie bestätigt und würdigt die verfassungsrechtlich und gesetzlich ohnehin garantierten Rechte, ohne ein massiver Einschnitt in die tägliche Praxis zu sein.

Zu begrüßen wäre auch die flächendeckende Einführung von Antidiskriminierungsstellen in den Ländern. Zugewanderte sind von Diskriminierungen aller Art besonders häufig betroffen, dabei blockieren Diskriminierungserfahrungen von Zuwander_innen ein Zugehörigkeitsgefühl und behindern Integrationsprozesse. In vielen Bundesländern mangelt es immer noch an Strukturen für eine aktive staatliche Diskriminierungsbekämpfung. Ein Beispiel für eine gute Praxis ist das Land Brandenburg, welches bereits im Jahr 1999 eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet hat und als erstes Bundesland über ein Handlungskonzept für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage verfügt.

Auch feste Plätze für Menschen mit Migrationshintergrund, z. B. in Rundfunkaufsichtsräten oder anderen Gremien, wären eine Möglichkeit, die Vielfalt der Gesellschaft auch institutionell zu verankern und Diskriminierung zu bekämpfen. Auch der Vorschlag, den Körperschaftsstatus auf andere weltanschauliche/religiöse Gruppen zu erweitern, wurde in den Werkstätten diskutiert.



4. DEMOKRATIESTÄRKUNG: POLITISCHE TEILHABE

4.1 Wahlrecht auf kommunaler Ebene

Viele Parteien verstehen politische Beteiligungsmöglichkeiten von Migrant_innen als eine Art „Belohnung“ nach einer Bewährungsprobe. Politische Teilhabe ist jedoch wichtig für erfolgreiche Integration. Sie ist selbst ein Mittel zur Integration und damit ein sozialer und demokratischer Anspruch.

Häufig laufen die Zahlen von Einwohner_innen auf der einen Seite und Staatsbürger_innen mit politischer Mitbestimmungsmöglichkeit auf der anderen, insbesondere in Großstädten, stark auseinander. Dies kann vor allem bei Bürgerentscheiden zu erheblichen Diskrepanzen führen. Es gilt das Missverhältnis zwischen Einwohner_innen und Bürger_innen aufzuheben, dies kommt immer wieder in den Werkstattgesprächen zur Sprache. Bereits 1971 forderten kirchliche Kreise und Gewerkschaften ein kommunales Wahlrecht für Ausländer_innen. In den siebziger Jahren wurden bundesweit Integrations- und Ausländerbeiräte gegründet. 1979 wurde das Kühn-Memorandum (Bericht des Amtes des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung) veröffentlicht. Kern des Berichtes ist die Aussage, dass die Bundesrepublik faktisch ein Einwanderungsland sei. In Schleswig-Holstein und Hamburg wurden Gesetze für das kommunale Ausländerwahlrecht verabschiedet; jedoch wurden sie 1990 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. 1992 gab es eine Verfassungsänderung, die ein kommunales Wahlrecht für EU-Bürger_innen vorsieht.

Bis heute können in Deutschland lediglich EU-Bürger_innen, die ihren Erstwohnsitz in Deutschland haben und ihr Wahlrecht beantragen, bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben. In Niedersachsen wurde 2015 mit großer Mehrheit ein Antrag der Landesregierung verabschiedet, sich auf Bundesebene für eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen. Damit Ausländer_innen mit Nicht-EU-Pass kommunal wahlberechtigt sein könnten, braucht es aber eine Verfassungsänderung und dafür braucht es eine politische Zweidrittel-Mehrheit. Expert_innen sehen dies im Moment als unwahrscheinlich an. Wichtig sei es daher, dass innerhalb des Systems weiter im Rahmen der Möglichkeiten gearbeitet werde.

Insgesamt gestaltet sich die Diskussion vielfältig. Es gibt verschiedene Gesetzesentwürfe einiger Parteien oder Bürger_innenaktivitäten wie z.B. die Initiative „Freiburger Wahlkreis 100%“⁹. Die aktuelle Situation, so die Meinung vieler Werkstattteilnehmenden, sollte geändert werden, da einzelne Bevölkerungsgruppen, wie z.B. die türkische Gemeinschaft, sich oft diskriminiert fühlen. Die geringe Beteiligung der Wähler_innen bei Europawahlen oder bei der Kommunalwahl zeigt aber auch, dass die Einführung eines Kommunalwahlrechts allein nicht ausreichend ist, sondern die Nutzung des Wahlrechts auch gestärkt werden muss durch Information, Motivation und politisches Handeln.

„DAS AUSEINANDERFALLEN VON EINWOHNERN UND STAATSBÜRGERN, INSBESONDERE IN DEN GROSSSTÄDTEN, IST EIN DEMOKRATIEPROBLEM.“

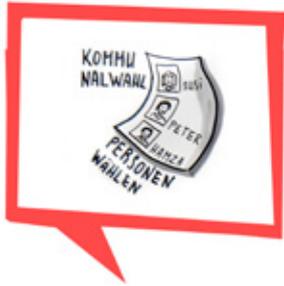
Dr. Dietmar Molthagen,
Friedrich-Ebert-Stiftung



⁹ Eine Initiative in Freiburg setzt sich für das gleichberechtigte Wahlrecht von Migrant_innen ein. Neben den offiziellen Wahlkreisen werden in einem zusätzlichen Wahlkreis, dem Freiburger Wahlkreis 100%, die nicht-wahlberechtigten Migrant_innen zu einer symbolischen Stimmabgabe aufgefordert, um so ein Votum für ein gleichberechtigtes Wahlrecht und demokratische Teilhabe zum Ausdruck zu bringen.

4.2 Demokratiedefizite abbauen

Wer darf was wo? Diese einfache Frage ist der Ausgangspunkt für ein Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung („Integration ist (auch) Ländersache!“), das nach den politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrant_innen in den 16 Bundesländern fragt. Je nach Land und Aufenthaltsstatus der/des Betroffenen gibt es durchaus erhebliche Unterschiede im Maß der politischen Inklusion. Daraus resultiert, dass zwischen der Wohnbevölkerung und den Bürger_innen mit politischer Mitbestimmungsmöglichkeit eine teilweise beachtliche Differenz besteht.



Wenn Demokratie Teilhabe aller an politischen Entscheidungsprozessen bedeuten soll, muss die Frage nach der Inklusion von Migrant_innen in diese Prozesse gestellt und vor allem beantwortet werden, sind sich die Teilnehmenden der Werkstatt mit dem Herausgeber der Studie, Dr. Dietmar Molthagen, einig. Der SPD-Mitgliederentscheid zur Koalitionsfrage 2013 wurde als positives Instrument von den Teilnehmenden der Werkstätten gewürdigt.

Die Mehrzahl der Bundesländer hat die institutionellen Voraussetzungen bereits verbessert, um eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik zu betreiben. Leitlinien, Integrationskonzepte und Aktionspläne unterstreichen den gestaltenden Anspruch in der Integrationspolitik der Länder. Ein gutes Beispiel aus der Praxis stellen das Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin (2010) oder das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (2012) dar, welche die Förderung von Integration und Partizipation auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

Eine aktive und strategisch ausgerichtete kommunale Integrationspolitik braucht verlässliche Strukturen und ausreichende Ressourcen, fordert Molthagen. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gibt es erste Ansätze einer strukturellen Förderung von kommunaler Integrationspolitik. So verbindet z. B. in Nordrhein-Westfalen die Einrichtung und Förderung kommunaler Integrationszentren die Ansätze „Integration als Querschnittsaufgabe“ und „Integration durch Bildung“. Da die kommunalen Integrationszentren sich noch im Aufbau befinden, scheint es noch zu früh zu sein, um abschließende Schlussfolgerungen zu ziehen, aber dass Bildung und Integration untrennbar miteinander verbunden sind, zieht sich durch die Diskussionen aller Veranstaltungen im Rahmen der Werkstattgespräche.

Wichtig ist es dabei auch, die politische Beteiligung gesetzlich zu garantieren. In allen Bundesländern gibt es Einrichtungen zur politischen Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. zur Beratung der Landesregierung. Die Gemeinde- und Kreisordnungen einiger Länder enthalten darüber hinaus Soll-Regelungen zur Bildung von Ausländer- und Integrationsbeiräten bzw. -ausschüssen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen werden die landesweiten Zusammenschlüsse der kommunalen Integrationsgremien vom Land gefördert. Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen gehen mit gutem Beispiel voran und haben die politische Beteiligung von Zugewanderten gesetzlich geregelt. In Berlin verfügen die Ausländer- und Integrationsbeiräte über ein Vetorecht und in Nordrhein-Westfalen über ein verpflichtendes Anhörungsrecht.

IN ZUKUNFT

4.3 Teilhabe durch Teilhaben

Immer wieder wurde in den Werkstattgesprächen die Wichtigkeit von Sprache und von Sozialkompetenz betont. Nur wer zur Teilhabe befähigt ist, kann seine Rechte zur Teilhabe auch ausüben und sich in die Gesellschaft einmischen. Diesbezüglich wurde mehrfach unter den Werkstattteilnehmenden darüber diskutiert, inwiefern Sprachkompetenz eine Bringschuld oder eine Holschuld ist und wie weit der Staat in die Familien eingreifen darf bzw. soll.

Sprache ist in jeder Gesellschaft, für jeden Menschen, DAS Mittel zur Teilhabe. Dies gilt für Kinder ohne Migrationshintergrund genauso wie für erwachsene Zugewanderte. Auch außerhalb des Themas Migration ist die integrierende Wirkung von Sprache nachgewiesen und unumstritten, wenn man beispielsweise die Förderung der Entwicklung von Kindern mit körperlichen oder psychischen Benachteiligungen ansieht. Für jeden Menschen gilt: Je besser die Sprach- und Sozialkompetenz, desto aussichtsreicher und vielfältiger gestalten sich die Möglichkeiten im weiteren Lebensverlauf, sei es bei Bildung und Ausbildung, bei der Suche nach Arbeit oder auch im zwischenmenschlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich.

Bei Kindern und Jugendlichen kommt der frühkindlichen Bildung eine essenzielle Rolle zu, die den Grundstein für viele der weiteren Schritte legt. Je besser der Start im Bildungsverlauf ausfällt, desto günstiger sind die Prognosen auch für den weiteren Bildungsverlauf. Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, eine gute Bildung zu genießen und der Grundstein dafür wird im Kleinkindalter gelegt. Eine höhere Betreuungsquote – für alle Kinder – sollte deshalb konsequent weiterhin angestrebt werden.

Auch das Thema Zweisprachigkeit in Familien mit Migrationsgeschichte war immer wieder Thema in den Werkstätten. Zum einen berichteten mehrere Teilnehmende von Diskriminierung im Alltag, z.B. wenn eine Mutter mit weniger deutschem Namen überrascht in der Schule der Kinder angeschaut wird, weil sie fließend Deutsch spricht. Zum anderen aber wurde auch immer wieder die Chance herausgestellt, die in einer Zweisprachigkeit liegen kann. Dies setzt allerdings voraus, dass wenigstens eine der beiden Sprachen von den Kindern korrekt beherrscht wird, um dieses Wissen auch auf weitere Sprachen übertragen zu können. Den Ansatz, Zweisprachigkeit als Potenzial und nicht defizitär anzusehen, hielten die Teilnehmenden für einen guten Weg, um nicht nur die Kinder, sondern auch über deren Sprachkompetenz die Eltern an der Gesellschaft teilhaben zu lassen.

Damit hängt auch noch ein weiterer Punkt zusammen, nämlich die Sprachkompetenz der älteren Familienmitglieder. Mitgereiste Familienmitglieder, ältere Migrant_innen, gerade neu nach Deutschland gekommene Geflüchtete – alle eint, dass ohne Sprachkompetenz eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schwer oder gar unmöglich wird. Sprachkurse, niedrigschwellige Freizeit- und Bildungsangebote für Frauen und frühkindliche Bildung wurden dabei immer wieder als förderlich angesehen.



Konkrete Maßnahmen könnten sein:

- **Sprachkurse** sollten allen ermöglicht werden, die sie auch brauchen. Ob dies Geflüchtete ohne geklärten Status sind oder miteingereiste Ehefrauen, die seit Jahren in Deutschland leben und noch nicht die Chance hatten, die Sprache zu lernen – Sprache als Kernkompetenz sollte allen zugänglich sein.
- Inwieweit man diese **Kurse verpflichtend** machen kann oder soll, wurde nur am Rande und eher kontrovers diskutiert, aber gerade beim Empowerment von Frauen könnte dies eine wichtige Rolle spielen für deren Teilhabechancen.
- **Mehr Kinderbetreuung:** Die Quoten der Kinder, die in einer öffentlichen Einrichtung betreut werden, muss weiter erhöht werden.¹⁰
- Auch hier wurde sehr kontrovers darüber diskutiert, welche Möglichkeiten der Staat überhaupt hat, **Kinderbetreuung gerade im Kleinkindalter verpflichtend** zu machen.¹¹



¹⁰ Das Land Niedersachsen und die Kommunen investieren bereits viele Ressourcen in dieses Ziel, aber der Rückstand, den Niedersachsen viele Jahre hatte, ist nur schrittweise aufzuholen. Laut Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kindertagesbetreuung regional“ mit Stand 1.3.2014 liegt Niedersachsen mit 27,9% Betreuungsquote bei den unter 3jährigen leicht über dem westdeutschen Schnitt, alle ostdeutschen Länder sowie Hamburg liegen allerdings bei weit über 40% bis zu knapp 60%.

¹¹ Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien – unabhängig von der Herkunft – kommen schon frühzeitig zu kurz, wenn sie die Fördermöglichkeiten der frühkindlichen Bildung nicht umfassend genießen können oder dürfen. Ein Einfluss auf diese Kinder erst mit Beginn der Schule erweist sich in den meisten Fällen als zu spät.

THESEN

1 ✓
ZWANGS **QUOTE POLITIK**
 DESINTEGRATION STIGMA
 85%
 JEDER KANN IN SINE PARTE!
 IN DER WELT HABEN 10 MILIARDEN BEVÖLKERUNG
 10 MILIARDEN BEVÖLKERUNG

2 ✗
 GESELLSCHAFTLICHES **ENGAGEMENT**
 PARTIZIPATION
REALITÄT **THEORIE**
PRAXIS

3 ✗
D **?!**
DOPPELTE
STAATS
BÜRGER
SCHAFT

4 ✗
WUNSCHE **ODER**
REALITÄT
PIONIER
ROLLE
DER LÄNDER
DER ISLAM
 GEHÖRT IN DEUTSCHLAND

5 ✗
LEITKULTUR
MISCHMASCH
KULTUR

6 ✗
MULTI **KULTI**
 IST GESCHICHTERT

7 ✓
INTEGRATION
ASSIMILATION

8 ✓
WAHL
KOMMUNAL
WAHL
RECHT

9 ✓
VERPFLICHTUNG
 ZUR TEILNAHME

10 ✗
EINWANDER
UNGLAND

11 ✗
AUSREDE **?**
ODER
BÜNDELUNG
FINANZEN
KOMPETENZ
SYMBOL
STIGMA
 VERTEILUNG DER VERANTWORTUNG
 TÄTIGKEITEN
MIGRATION'S
MINISTERIUM
 AUFGABE DEFINIEREN
 HAFT ENTSCHEIDUNG
 REFUGIÉS

GABRIELE
SCHLIPF
 2013

5. STÄRKUNG DER MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN

5.1 Selbstdefinition: Migrantenselbstorganisationen im Wandel der Zeit

Migrantenselbstorganisationen (MISO) sind eng mit der Basis vernetzt und unverzichtbare Partner, wenn es um politische Inklusion geht. Dies hat auch die Integrationspolitik erkannt, indem sie heute MISO stärker in politische Dialoge einbindet. Betrachtet man die Relevanz der MISO für Integrationspolitik, so ist ein Dialog auf Augenhöhe und die Anerkennung und Wertschätzung unverzichtbar.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat ein grundlegender Wandlungsprozess weg von einer Betreuungskultur hin zu einer Beteiligungskultur der MISO stattgefunden. Mittlerweile gibt es eine hohe Dichte und unterschiedliche Schwerpunkte der Migrantenselbstorganisationen. Als „wohl deutscheste“ Merkmale können laut Miguel Vicente, Beauftragter für Migration und Integration des Landes Rheinland-Pfalz, die hohe Professionalisierung und Organisationsform als eingetragene Vereine gesehen werden. Doch wie können MISO gestärkt werden? Welche Rolle können diese in der Gesellschaft übernehmen und ausgestalten? Und wie definieren sie sich selbst? Diese Fragen wurden u.a. in den Werkstattgesprächen zur Diskussion gestellt.

In Niedersachsen gibt es über 500 Organisationen, die die Interessen von Migrant_innen und Flüchtlingen vertreten. Das sind Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen, Netzwerke, etc., aber auch flächendeckendes Freiwilligenengagement.

„WENN ICH SAGE: „ICH BIN KURDIN“ ODER „ICH BIN ALEVITIN“, DANN IST BEI ANDEREN MISO MANCHMAL SCHON DIE AUFMERKSAMKEIT WEG. DIE MISO TRAUEN SICH OFT UNTEREINANDER NICHT ÜBER DEN WEG.“

Eine Werkstattteilnehmerin

Die Migrantenselbstorganisationen sind so heterogen wie ihre Mitglieder, die sie gestalten. Die Frage, wer für wen sprechen darf, ist nicht immer klar zu beantworten. Viele nicht-konfessionelle MISO bemängeln die fehlende klare Abgrenzung von thematischen Arbeits- bzw. Interessenfeldern, vor allem hinsichtlich religiöser Ausprägungen von Vereinen, die viele Themenbereiche der Integration vereinnahmen, ohne die entsprechende Qualifikation zu haben. Reine Fachthemen müssten von den jeweiligen Ministerien und Behörden, je nach Zuständigkeit, behandelt werden, da aufgrund der Fülle von Projektanträgen nicht alles in die Integrationspolitik einbezogen werden kann. Eine Organisation, die Schwimmprojekte für Kinder aus Zuwandererfamilien anbietet, sollte klar im Bereich Jugend, Sport oder Gesundheit und nicht im Bereich Integration verortet werden, so eine der Forderungen.

Ob MISO integrationsfördernd oder -hemmend wirken und damit einhergehend die Kategorisierung in „aufnahmeland- oder herkunftslandorientierte“ MISO, stößt seit Jahrzehnten auf großes Forschungsinteresse. Heute fokussieren sich die Diskussionen vielmehr auf die Bedeutung solcher Organisationen als zivilgesellschaftliche Akteure zur Förderung der Integration von Minderheiten. Die Bundes- und Landesregierungen ordnen fast durchgehend in ihren Integrationsberichten Migrantenselbstorganisationen in ihrer Brückenfunktion einen besonderen Stellenwert zu.

5.2 Verlässliche und auskömmliche Finanzierung

Bis heute gibt es keine zufriedenstellende Definition darüber, was Migrantenselbstorganisationen sind. Eng mit dieser Frage ist auch eine Unklarheit in Bezug auf staatliche Zuständigkeiten und Fördermittel verbunden. Dies trifft speziell in Bezug auf die Förderung als Interessenvertretung oder die Förderung durch Regel- oder Projektförderung für bereichsbezogene Projekte zu. Ziel muss der gleiche Zugang zu Fördermitteln für alle sein. Doch eben dieser ist heute oft nicht gegeben. Zum einen aufgrund von Zugangsbarrieren seitens der Fördermittelgeber, zum anderen teilweise aufgrund der fehlenden Professionalisierung der Arbeit von Migrantenselbstorganisationen. Hier können Weiterbildungsangebote für nicht so Geübte unterstützend wirken und so Berührungängste für ein Engagement in MISO abbauen.

Einige MISO beklagen den Rechtfertigungsdruck bei Projekten, deren Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund sind. Erfolgreiche Projekte werden oft pauschal mit Zweifel an ihrer integrativen Funktion abgelehnt und Fördermittel verwehrt, dabei orientieren sich die unterschiedlichen Fördermittelmuster an der Haltung der jeweiligen Landesregierung. Was teilweise auf Bundesebene gut laufe, scheitere oft auf Landesebene. Ein wichtiger Aspekt, warum Bund und Länder hier nicht an einem Strang ziehen, ist vor allem die Tatsache, dass Bildung Ländersache ist. Das Bundesministerium für Integration hat die Förderrichtlinien angepasst, die Länder haben diese Änderungen teilweise nicht umgesetzt. Ein weiterer Aspekt ist die schwierige Finanzlage einiger Länder. Dieses komplexe Bild zeichnet Miguel Vicente in seinem Impuls, zeigt aber auch Verbesserungspotenziale auf:

- Eine **Erhöhung der Finanzmittel** für Projekte.
- Gleicher Zugang zu Fördermitteln durch **Professionalisierung** der Arbeit von Migrantenselbstorganisationen.
- **Gleichberechtigung** im Zugang zu bereichsbezogenen Fördermitteln. Eine Sonderförderung sollte nur übergangsweise gewährt werden.
- Für eine nachhaltige Förderung ist ein Paradigmenwechsel notwendig: Von der Projektförderung hin zum Regelangebot. Das sichert die **nachhaltige Förderung** der Integration vor Ort.
- In Niedersachsen wurden im Jahr 2014 erstmalig 290.000 Euro für eine **institutionelle Förderung** im Landeshaushalt bereitgestellt, zusätzlich zu bestehenden Projektförderungen und themenbezogener Zusammenarbeit.



„DIE STÄRKUNG DER MISO IST EXTREM WICHTIG. ZUR ZEIT HAT MEINE ORGANISATION KEINE HAUPTAMTLICHEN MITARBEITER. DIE BRAUCHEN WIR ABER DRINGEND.“

Ein Werkstattteilnehmer

5.3 Stärkere Rechte bei der Teilhabe

Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten ist von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Integrationsprozessen und mittlerweile von der Integrationspolitik als Politikfeld von Bund, Land und Kommunen anerkannt. Doch mehr als 90 Prozent des ehrenamtlichen Engagements findet im Umfeld von Vereinen statt. Dieses Engagement wird als partizipative Ergänzung der Demokratie institutionalisiert. Als Positivbeispiele seien hier die Bundesländer Hamburg und Baden-Württemberg erwähnt, die ihre Engagementstrategie unter Berücksichtigung interkultureller Faktoren ausgebaut haben. Auch in Niedersachsen soll 2016 eine gesetzliche Grundlage mit einem Teilhabegesetz geschaffen werden. Nur wenn interkulturelle Öffnung praktiziert wird und Gesellschaft sowie Politik Migrantenselbstorganisationen akzeptieren, besteht eine Chance auf Chancengleichheit und Integration. Dies kann zum Beispiel gelingen durch folgende Maßnahmen:

- Migrantenselbstorganisationen sollten neben Integrations(bei)räten stärker und verbindlicher in **Gremien** und deren Beschlussfindung eingebunden werden.
- **Institutionelle** statt (nur) projektbezogene Förderungen sollten möglich sein.
- Solange der Anteil von Migrant_innen in Institutionen, Behörden und Parlamenten unter ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt, muss auch über eine **Quote** gesprochen werden, dies gilt auch für Gremien wie Elternbeiräte etc.

5.4 Qualifizierung von Migrantenselbstorganisationen

Für eine Beteiligung in Bildungsprozessen und anderen Themen- und Lebensbereichen sowie der Nutzung der Ressourcen ist eine flächendeckende landesweite Qualifizierung von Migrantenselbstorganisationen notwendig. Dies ist für die Professionalisierung der MISO und die Vernetzung von verschiedenen Akteur_innen der Integrationsarbeit unerlässlich.

Auch hier gibt es Handlungsempfehlungen aus den Werkstätten:

- Eine bessere **Qualifizierung** der Akteur_innen muss ermöglicht und gefördert werden.
- Die stärkere **strukturelle Einbindung** in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse von MISO sollte das Ziel sein.
- Eine innerparteiliche Benennung eines/einer Beauftragte_n für die **Kontaktpflege mit MISO** kann die Vernetzung stärken.
- Im Zusammenhang mit Qualifizierung von MISO werden auch **Tandemprojekte** bevorzugt eingesetzt. Erfahrene, meist herkunftsdeutsche Organisationen und MISO schließen sich zwecks Austauschs von Wissens- und Ressourcenpools zusammen.

„DIE MISO SIND EIN WICHTIGES BINDEGLIED, WENN ES DARUM GEHT, BILDUNG UND TEILHABE ZU VERMITTELN, WEIL SIE - OFT IM GEGENSATZ ZUR POLITIK - EINEN DIREKTEN DRAHT ZU DEN LEUTEN HABEN.“

Ein Werkstatteilnehmer

Die Zusammenarbeit in Tandemprojekten gleicht jedoch der Begegnung von David und Goliath, so die Kritik einiger MISO. Während etablierte Organisationen wenig Nutzen in diesen Kooperationen sehen könnten, bemängeln Vertreter der MISO die fehlende Begegnung auf Augenhöhe. Für eine größere Gleichberechtigung kann ein Kooperationsvertrag mit klaren Regeln dienlich sein. Für große Organisationen kann die interkulturelle Öffnung den Gewinn von Lerneffekten und Motivation mit sich bringen.

6. AUSBLICK

Wenn Teilhabe von Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur ein theoretischer Wunsch bleiben soll, sondern echtes gesellschaftliches und politisches Ziel ist, dann müssen sich alle Seiten aktiv bewegen. Wir müssen Tatsachen schaffen, Hürden senken und über den Tellerrand schauen.

Diese Dokumentation soll eine Sammlung sein der praktischen, strukturellen und kulturellen Stellschrauben, an denen wir alle gemeinsam drehen können (und sollten!). Die Mehrheitsgesellschaft ist dabei genauso gefragt wie die Migrant_innen selbst. Die fünf Veranstaltungen im Rahmen der Werkstattgespräche haben gezeigt, dass es viele Menschen gibt, die sich engagieren möchten. Knapp 50 Teilnehmende (fast alle davon waren bei mehr als einem Termin dabei) haben miteinander lebhaft und sehr ernsthaft diskutiert. Natürlich läuft vieles gut, aber wir haben speziell die Dinge in den Fokus genommen, wo es noch Verbesserungsbedarfe gibt und versucht, gemeinsam ganz konkrete Forderungen aufzustellen. Nicht alle davon wurden immer von allen Teilnehmenden einstimmig getragen, wir haben sie aber trotzdem als Diskussionsgrundlage in diese Dokumentation mit aufgenommen.

Als Grundtenor bleibt vielleicht festzuhalten, dass generell mehr Toleranz, mehr Kommunikation und mehr gesellschaftspolitischer Wille gefragt sind, wenn wir Menschen zu mehr Teilhabe ermuntern möchten. Politische Rahmenbedingungen und Zeichen setzen, um Veränderungen zu erzwingen, anstatt zu hoffen, dass es von allein besser wird. Gegen jegliche Form von Diskriminierung oder Abwertung immer und deutlich vorgehen und öffentlich widersprechen. Erfolge und gute Vorbilder noch besser kommunizieren. Mehr Toleranz zeigen für andere Blickwinkel und sich selbst auch mal in andere Fußstapfen hineinbegeben. Politische Bildung als Schlüssel für die Teilhabe aller weiter ausbauen und Angebote in diesem Bereich für alle Bevölkerungsgruppen schaffen. Dies sind Ergebnisse der Werkstätten, die für jede_n von uns eine gleichberechtigte und teilhabeorientierte Gesellschaft ermöglichen könnten.

Wenn wir Vielfalt als Chance begreifen und nicht als Bedrohung, können die vielen Handlungsempfehlungen aus dieser Broschüre ihren Teil dazu beitragen, dass das Miteinander in unserer Gesellschaft noch vielfältiger, offener und gerechter wird. So können wir Deutschland gemeinsam gestalten.

Franziska Schröter
Referentin im Landesbüro Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

7. ZUM WEITERLESEN

- AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (Hrsg.): Leitfaden für einen rassistuskritischen Sprachgebrauch. Köln, 2013.
- Bade, Klaus J.: Integration: Versäumte Chancen und nachholende Politik, ApuZ Nr. 22-23/2017, Seite 32-38.
- Frick, Lothar (Hrsg.): Integrationsland Deutschland. Vielfalt leben und gestalten. In: Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung 2011: http://www.politikundunterricht.de/2_11/integrationsland.pdf
- Kraus, Wolfgang: Identität als Narration: <http://web.fu-berlin.de/postmoderne-psych/berichte3/kraus.htm>
- Meier-Braun, K.-H.: 2008: „Migration, Wahlkämpfe und Medien“. In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe WISO direkt, 2010: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05761.pdf>
- Meier-Braun, K.-H.: Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt a. M., 2. Auflage 2002.
- Molthagen, Dietmar für die Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern, Berlin 2014.
- Neue Deutsche Medienmacher e.V. (Hrsg.): Glossar der Neuen Deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für Berichterstattung im Einwanderungsland. Berlin, 2014.
- Thränhardt, Dietrich: Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration, Reihe WISO Diskurs, 2013, S. 5-20.
- Thränhardt, Dietrich: Integration in der pluralistischen Gesellschaft. In: Sieveking, Klaus (Hrsg.): Wechselwirkungen von Migration und Integration im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden 2011, S. 97-196.
- Tibi, Bassam: Europa ohne Identität – Die Krise der multikulturellen Gesellschaft. München 1998.
- Weiß, Karin: Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung. In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration, Reihe WISO Diskurs, 2013, S. 21-30.

DIE WERKSTATTGESPRÄCHE



Celle, 1. und 2. November 2013

„Mehr Vielfalt wagen! Eine Zukunftsvision für die Politik von morgen: bunt(er) und multikulturell(er)“

Auftakt-Workshop zu den Werkstattgesprächen mit
Ministerpräsident *Stephan Weil MdL*

Hannover, 19. März 2014

1. Werkstattgespräch „Sprache und Politik“

Impuls: *Stefanie Talaska*, Co-Autorin der FES-Studie „Sprichst du Politik“
und Strategische Planerin beim Institut für Strategie & Kommunikation in Berlin

Hannover, 10. Juni 2014

2. Werkstattgespräch „Integration ist (auch) Ländersache!“

Impuls: *Dr. Dietmar Molthagen*, Leiter Empirische Sozialforschung im
Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hannover, 15. September 2014

3. Werkstattgespräch „Zur Rolle von Migrant_innen- selbstorganisationen. Aufgaben und Selbstverständnis“

Impuls: *Miguel Vicente*, Beauftragter für Migration und Integration
des Landes Rheinland-Pfalz

Hannover, 12. November 2014

4. Werkstattgespräch „Die Integrationspolitik von morgen. Politische und rechtliche Vorschläge für eine gelungene Integration von Migrantinnen und Migranten“

Impuls: *Prof. em. Dr. rer. soc. Dietrich Thränhardt*, Universität Münster

IMPRESSIONEN

WIE wird man Bürger_in?
 Bürosuche | Sprachkurse | Bewusstheit / ...

AUSLÄNDERBEHÖRDEN WERDEN ZU WILLKOMMENSÄNDEREN
 (Hauwerd: Team Einwanderung)

NIEDERSACHSEN EINBÜRGERUNGSPOTENZIAL 2013
 2,73 %
 ? Wo wollen wir hin ??? **HEIR**

GRÜNDE FÜR EINBÜRGERUNG
 - SICHERHEIT
 - IDENTIFIKATION
 - WAHLRECHT
 - PRAGMatische Gründe ...

WER IST DAS (WAHL) VOLK?

- 1) Volk = Deutsche (+ Eingebürgerte)
- 2) auf Landesebene für individuelle Visionen freigegeben
- 3) Kommunal zulässig

Darf man auch mitbestimmen (m.w. teilweise) wenn man keine Bürger_in ist

Kommunales Wahlrecht für EU-Ausländer muss auf Bundesebene / Verfassungsebene geändert werden

BÜRGERBEFragung und in EINWOHNERBefragung

MENTORINGPROGRAMM der Landesregierung auf für die "Wahllosen", Licht für Nicht-Wahlbare
 -> Wertebildung / Motivation

POLITISCHE BILDUNG (FÜR ALLE) KOSTENLOS
 Sorgt für: TEILHABE, DEMOCRATIE, IDENTITÄT, WERTSCHÄTZUNG

EINBÜRGERUNGS BÜROKRATIE ...
 ... sollte Hürden senken
 ... informieren
 ... Ansprechbar sein

WILLKOMMENS-KULTUR LEBEN
 (Migrant_innen fragen)

Wie schnell wird man BÜRGER_in?

DOPPELTE STAATSBÜRGERCHAFT ZULASSEN
 Glaub- und Asylrecht
 OPTIONSWANGSAB-SCHAFTUNG WAK AUTOM.

Niedrige Zugangshürden
 -> Öffnungsmöglichkeiten
 -> Erreichbarkeit
 -> Infos verfügbar machen
 -> Einbürgerung wollen

BEIDE* Seiten müssen sich aufeinander zu bewegen
 -> WERTSCHÄTZUNG

unterschiedliche Wertigkeiten der verschiedenen Migrant_innen-Gruppen
 (z.B. Klasse - Disfranch.)

NATIONALITÄT & IDENTITÄT
 sind auch durch **EMOTIONALE** Faktoren geprägt

Qualitatives Personal
 - Sprachen als Schlüssel
 - interkulturelle Trainings
 - Personal muss da sein und bereit ist sich

PERSONALSCHLÜSSEL UND EINGRUPPIERUNG RECHTLICH BEGLEN

Integrationsberate (Ausländerbeiräte, Integrationsbeiräte, ...)
 als Mittel der Teilhabe oder Pseudoerlöse statt des Wahlrechts

Wie der Jugenduniteauschluss so geschichtlich stellen, dass echte Entscheidungsmacht entsteht

POLITISCHE BILDUNG (FÜR ALLE) KOSTENLOS
 Sorgt für: TEILHABE, DEMOCRATIE, IDENTITÄT, WERTSCHÄTZUNG

kurze Bearbeitungszeiten, schnelle Prozesse
 -> findet sich rum ...

MOTIVATION DER MITARBEITER_INNEN IN DEN BEHÖRDEN + PARADIGMENWECHSEL

Wie der Jugenduniteauschluss so geschichtlich stellen, dass echte Entscheidungsmacht entsteht

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

Land sollte Kommunen ermuntern, in den Behörden, interkulturellen Kultur zu leben

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

ANONYMISIERTE BEWERBUNGS-VERFAHREN

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

bei Bewerbungsverfahren der Behörden INTERKULTURELLE KOMPETENZ mit positiv einbringen

ANONYMISIERTE BEWERBUNGS-VERFAHREN

RASSISMUS und DISKRIMINIERUNG
 - scheitern müssen
 - stehen über auf Entbürgerung

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

bei Bewerbungsverfahren der Behörden INTERKULTURELLE KOMPETENZ mit positiv einbringen

ANONYMISIERTE BEWERBUNGS-VERFAHREN

INDIVIDUALISIERUNG der Gesellschaft und sinkende Gemeinsamkeiten
 können sich auch auf die Willkommenskultur auswirken

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

bei Bewerbungsverfahren der Behörden INTERKULTURELLE KOMPETENZ mit positiv einbringen

ANONYMISIERTE BEWERBUNGS-VERFAHREN

Integration als Begriff positiv besetzen

Integration als Begriff positiv besetzen

Diversity als Gewinn statt als Problem sehen und danach handeln

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

Integration als Begriff positiv besetzen

Integration als Begriff positiv besetzen

Diversity als Gewinn statt als Problem sehen und danach handeln

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

Integration als Begriff positiv besetzen

Integration als Begriff positiv besetzen

Diversity als Gewinn statt als Problem sehen und danach handeln

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

Integration als Begriff positiv besetzen

Integration als Begriff positiv besetzen

Diversity als Gewinn statt als Problem sehen und danach handeln

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

Integration als Begriff positiv besetzen

Integration als Begriff positiv besetzen

Diversity als Gewinn statt als Problem sehen und danach handeln

Interkulturelle Öffnung in
 - Parlamenten
 - Behördenverwaltung !!
 - den Köpfen
 - Verhalten & Werten

CELLER FORDERUNGEN

(aufgestellt beim Auftakt-Workshop am 1./2.11.2013)

- I. Das Kommunalwahlrecht soll zukünftig auch für Nicht-EU-Bürger_innen gelten.
- II. Auf kommunaler Ebene soll die Listenwahl abgeschafft werden, stattdessen soll es eine reine Persönlichkeitswahl geben.
- III. Der Dialog mit den Bürger_innen über Teilhabe und Migration soll verstärkt und gemeinsam weitere Schritte erarbeitet werden.
- IV. Auf allen Ebenen von Parteien und Organisationen soll es eine Selbstverpflichtung zur Festlegung einer neuen Art und Weise der Willkommenskultur geben.
- V. Konkrete Schritte sollen öffentlich gewürdigt werden und Vorbild für weitere Maßnahmen bilden.
- VI. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll ermöglicht werden. Eine Optionspflicht soll es dagegen nicht geben.
- VII. Es soll in Zukunft ein Stimmrecht für beratende Mitglieder in sämtlichen Ausschüssen geben.
- VIII. Die Migrantenselbstorganisationen (MiSO) sollen stärker finanziell unterstützt, institutionell gefördert und eine Professionalisierung vorangetrieben werden. Des Weiteren sollen diese Organisationen stärker in Jugendmaßnahmen eingebunden werden.
- IX. Den MiSO soll bei Beteiligungsprozessen zu Integration und Teilhabe verstärkt die Teilnahme ermöglicht werden.
- X. Es soll zukünftig eine humane Flüchtlingspolitik vorangetrieben werden und vermehrt gegen Rechtsextremismus auf allen Ebenen der Gesellschaft vorgegangen werden.
- XI. Interkulturelles Training und Schulungen sollen für den öffentlichen Dienst verpflichtend gemacht werden.



THESEN



IDEEN

